

Balken, Torten, Kurven Zweitausend- dreiundzwanzig

**Balken, Torten,
Kurven und andere
erhellende Grafiken
aus dem Jahr
Zweitausend-
dreiundzwanzig**

Inhalt

Vorwort

Ein Spielverderber namens Inflation 7

Wirtschaft & Standort

Wer braucht schon
freien Handel? 10

Österreichs Wirtschaft
hinkt hinterher 12

Welche Kreditzinsen sich
besonders stark verteuern 14

Vermögensteuer würde
vor allem Bauern treffen 16

Schwache Produktivität
gefährdet Lohnwachstum..... 18

Schreitet die
Deindustrialisierung voran? 20

Zukunft

Viel Geld für mittelmäßige
Bildung 24

Wo sind nur all die
Lehrer hin? 26

Arbeit & Wohlstand

Warum Menschen nicht
mehr arbeiten 30

Die Österreicher mögen
es gerne variabel 32

Der Arbeitskräftemangel
gewinnt an Fahrt 34

Teilzeit boomt auch
bei Kinderlosen 36

Immer mehr Österreicher
arbeiten Teilzeit 38

Warum es uns heute
besser geht als früher 40

Wer rechnen kann,
arbeitet Teilzeit 42

Teure Gießkannen lassen den
Privatkonsum sprießen 44

Österreicher haben
europaweit am öftesten frei 46

Wird Österreich unleistbar? 48

Wird vor allem in die
Arbeitslosigkeit zugewandert? 50

So treiben Löhne
die Inflation 52

Wie der Staat beim
Urlaub mitnascht 54

Österreicher sind reicher
als gedacht 56

Was das Aus der kalten
Progression bringt 58

Mit Aktien Vermögen
aufbauen 60

Kurze Arbeitszeiten sind
längst Realität 62

Staatsbudget & Staatsfinanzen

Steuereinnahmen sprengen 100-Milliarden-Grenze	66
Pro-Kopf-Verschuldung droht zu explodieren	68
Österreich bei Förderungen europaweit auf Platz 2	70
Inflation wird für den Staat 2023 zum Verlustgeschäft	72
Der Staat tappt in die Zinsfalle	74
Das Land des immerwährenden Budgetdefizits	76
Das wahre Budgetdefizit liegt bei 20 Prozent	78

Kreditnachfrage im Euroraum am Boden	80
40.000 Euro Staatsschulden pro Kopf	82
Geldpolitik abseits der Zinsen	84

Soziales

Ist Wohnen bald nicht mehr leistbar?	88
Eine Mietpreisbremse. Noch eine?	90
60 Prozent der Hilfen nicht treffsicher	92

Wie stark über das Pensionssystem umverteilt wird	94
Pensionisten haben zweithöchste Einkommen der EU	96
Der erfolgreichste Armutskiller heißt Arbeit	98
Verarmt das ganze Land?	100
Österreich, ein Land der Mieter	102
Fast 30 Jahre in Pension	104

Sonstiges

Sind Lebensmittel in Österreich viel zu teuer?	108
---	-----

Fehlt es dem Gesundheits- system an Geld?	110
Die Kammern als große Teuerungsgewinner	112
Geben Banken höhere Zinsen an die Sparer weiter?	114
Die Inflation frisst die hohen Zinsen	116
Die Preise werden noch länger steigen	118
Impressum	122

Ein Spielverderber namens Inflation

2023 war ein Jahr, das uns der Normalität ein großes Stück näher gebracht hat: Die Zeit der Lockdowns und Ausgangssperren war vorbei, die Wirtschaft zeigte sich nach den verheerenden Corona-Jahren in bester Laune, nur die hohe Teuerung hat uns die gute Stimmung verdorben (vom Finanzminister einmal abgesehen – der freute sich). Obwohl die Wirtschaft boomte, hielt die Bundesregierung eisern an den hohen Staatsausgaben aus den Krisenjahren fest. Welche Themen Österreich in den vergangenen zwölf Monaten wirtschaftspolitisch bewegten, aus welchen Reformen wieder nichts geworden ist und aus welchen schleunigst etwas werden sollte, zeigt Ihnen die gebündelte Sammlung unserer Grafiken des Jahres 2023.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht Ihnen
Franz Schellhorn – Direktor Agenda Austria

The image features a minimalist design with a central white rectangular area containing the text 'Wirtschaft & Standort'. This central area is surrounded by several solid red rectangular blocks of varying sizes and positions, creating a layered, architectural effect. The red blocks are arranged in a way that suggests depth and structure, with some overlapping others. The overall composition is clean and modern.

Wirtschaft & Standort

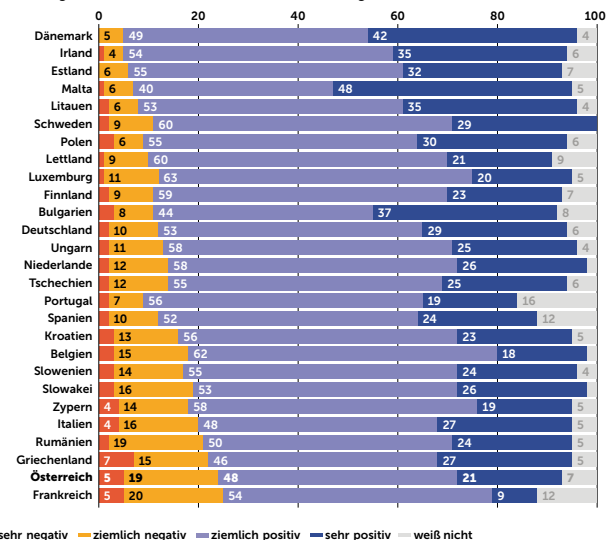
Wer braucht schon freien Handel?

Österreich ist eine kleine, offene Volkswirtschaft, die den Großteil ihres Wohlstands jenseits der Staatsgrenzen erwirtschaftet. Dass Freihandel grundsätzlich eine gute Sache ist, dürfte bei der österreichischen Bevölkerung noch nicht angekommen sein. Fast ein Viertel verbindet überwiegend Negatives mit dem Thema „Freier Handel“. Nur in Frankreich ist man noch skeptischer.

Dass Freihandel auch mit Problemen einhergeht, ist unbestritten. Aber er war und ist das Rückgrat für unseren Wohlstand wie auch für den beeindruckenden Rückgang der Armut in der Welt. Übrigens: Dem Thema „Protektionismus“ steht die Hälfte der Befragten in Österreich positiv gegenüber. Viele sind also anscheinend für etwas Protektionismus, obwohl sie Freihandel gut finden. Eine typisch österreichische Kombination.

Österreicher haben große Skepsis gegenüber Freihandel

– Einstellung zum Thema „Freier Handel“, Anteil der Befragten in Prozent



Quelle: Eurobarometer (2022).

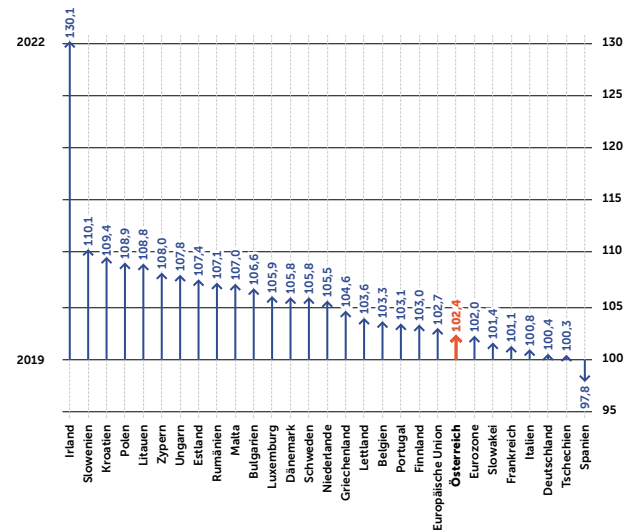
Österreichs Wirtschaft hinkt hinterher

2022 wuchs Österreichs Wirtschaft so stark wie zuletzt in den 1970ern. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 4,6 Prozent gegenüber 2021. Doch diese Zahl allein sagt noch nicht sehr viel aus. So tut sich Österreich deutlich schwerer als andere Länder, die Folgen der Pandemie hinter sich zu lassen. Trotz des guten Vorjahres hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt hierzulande seit 2019 gerade einmal um 2,4 Prozent erhöht.

Damit befinden wir uns sogar knapp unter dem EU-Schnitt. Andere Länder, wie unsere Nachbarn Slowenien und Ungarn, konnten deutlich größere Zugewinne erzielen, auch die skandinavischen Länder liegen klar vor Österreich. Gleichzeitig stagnierten mit Deutschland, Frankreich und Italien die wirtschaftlichen Schwergewichte in der EU.

Österreichische Wirtschaft kommt seit Corona nicht vom Fleck

– reales Bruttoinlandsprodukt, Index (2019 = 100)



Quelle: EU-Kommission, eigene Berechnungen.

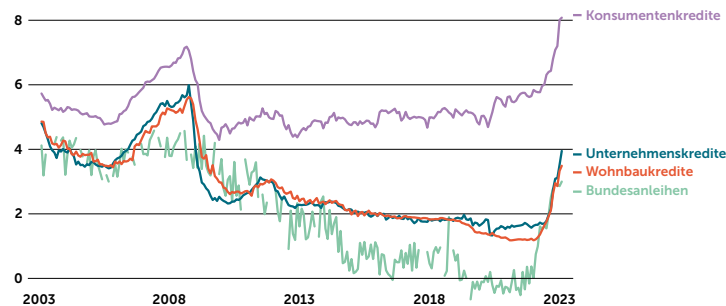
Welche Kreditzinsen sich besonders stark verteuern

Jahrelang war das wirtschaftliche Leben in der Eurozone durch die nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit von Gratisgeld geprägt. Die exorbitant hohe Teuerung hat dem nun ein Ende gesetzt. Die Europäische Zentralbank versucht, mit höheren Zinsen gegenzusteuern. Das hat direkt Auswirkungen auf alle, die neue Schulden aufnehmen wollen. Die Refinanzierungskosten sind nicht nur für den Staat teurer geworden. Auch für Unternehmens-, Konsumenten- oder Wohnbaukredite müssen 2023 deutlich mehr Zinsen gezahlt werden als noch ein Jahr zuvor.

Die hohen Zinsen sollen den Konsum sowie die Investitionen und damit die Nachfrage senken, um den Preisdruck aus den Märkten zu nehmen. Ein schwächeres Wachstum ist die Folge. Das ist zwar unerfreulich, die Kosten hartnäckiger Inflation wären aber noch höher.

Kreditzinssätze

– Neuabschlüsse, in Prozent



Quelle: OeNB, OeKB, OeBFA.

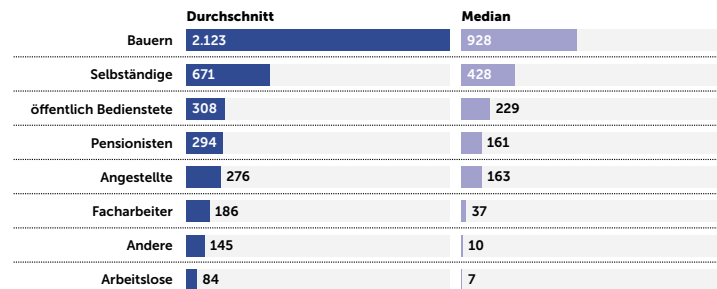
Vermögenssteuer würde vor allem Bauern treffen

Spätestens seit der Wahl des SPÖ-Vorsitzenden Andreas Babler ist die Diskussion um die Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich wieder entbrannt. Eine Steuer, die 1994 von den Sozialdemokraten aus guten Gründen abgeschafft wurde, soll künftig wieder für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen. Treffen will man mit der Steuer die „Superreichen“, tatsächlich dürften sich aber vor allem Bauern von der Steuer angesprochen fühlen.

Die ewige Debatte um Vermögenssteuern in Österreich ist irreführend und wenig konstruktiv. Speziell die Besteuerung von Nettovermögen gibt es in entwickelten Ländern kaum noch. Österreich hat nicht zu viele Reiche, wir haben zu wenige Menschen in der Mitte der Gesellschaft, die sich Vermögen aufbauen konnten. Dafür braucht es nicht mehr, sondern weniger Steuern.

Warum besonders Bauern von einer Vermögenssteuer betroffen wären

– Nettovermögen nach Berufsgruppen, in Tausend Euro



Quelle: HFCS (2023).

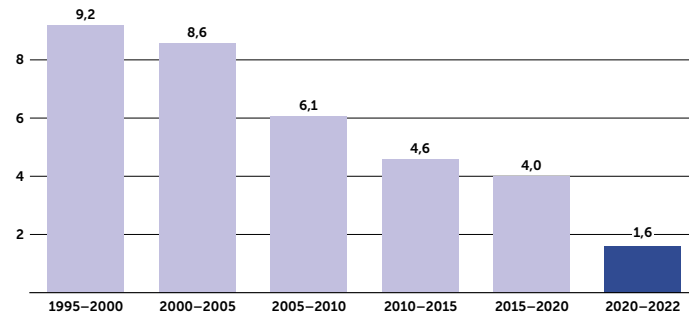
Schwache Produktivität gefährdet Lohnwachstum

In Österreich wird viel über kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne diskutiert. Voraussetzung für beides ist eine zunehmende Produktivität. Nur so können Löhne steigen und Arbeitszeiten reduziert werden, ohne Wettbewerbskraft zu verlieren. Die reale Arbeitsproduktivität wächst in Österreich auch, allerdings schon seit der Finanzkrise immer langsamer.

Seit 2010 ist die Produktivität in Österreich nur um rund elf Prozent gestiegen. Das ist zwar nicht weit vom EU-Durchschnitt entfernt. Doch wird das reichen, wenn die Löhne hierzulande aufgrund der höheren Inflationsrate kräftiger wachsen müssen als andernorts in Europa? Sollten die Lohnstückkosten über einen längeren Zeitraum stärker zunehmen als in anderen Ländern, dann schadet das dem Wirtschaftsstandort insgesamt.

Produktivitätsentwicklung in Österreich

– Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde, in Prozent



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

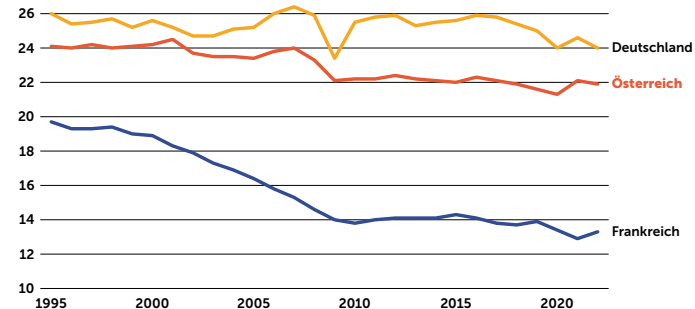
Schreitet die Deindustrialisierung voran?

Weniger als 22 Prozent der österreichischen Bruttowertschöpfung werden noch in der Industrie erzeugt. Selbst in Deutschland ist es inzwischen weniger als ein Viertel; in Frankreich ist der Anteil der Industrie noch stärker gesunken. Doch ist das wirklich schon die Deindustrialisierung, von der alle sprechen?

Die Gesellschaft hat sich gewandelt. Der Großteil der wirtschaftlichen Aktivität findet nicht mehr in Fabriken, sondern in Büros statt. Und dennoch: Die Industrie bleibt Dreh- und Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie gibt die Wachstumsimpulse vor, sowohl nach oben als auch nach unten. Standortpolitik muss daher immer auch die Sicherung der industriellen Basis im Auge haben.

Industrieanteil nimmt ab

– Wertschöpfungsanteil der Industrie (ohne Baugewerbe), in Prozent



Quelle: Eurostat.



Zukunft

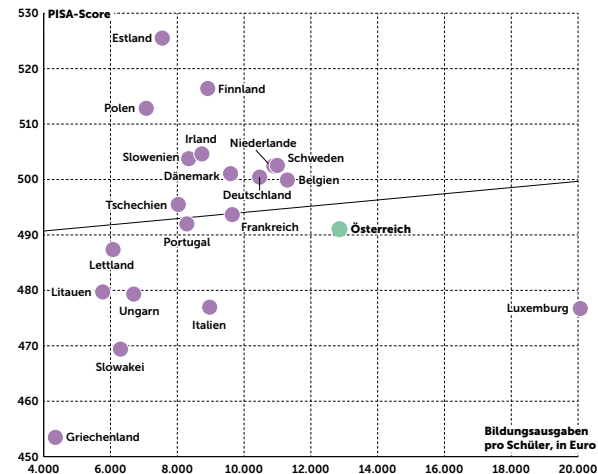
Viel Geld für mittelmäßige Bildung

Das Umfeld, das Österreichs Schülern geboten wird, ist ein verbesserungswürdiges. Der Staat gibt zwar sehr viel Geld für Bildung aus, erzielt damit aber nur sehr mittelmäßige Ergebnisse. Konkret hat Österreich die zweithöchsten Bildungsausgaben innerhalb der EU, landet bei internationalen Bildungstests aber weit hinter vergleichbaren Ländern.

Die zuletzt 2018 unter 15- bis 16-jährigen Schülern durchgeführte PISA-Studie deutet auf lediglich durchschnittliches mathematisches und wissenschaftliches Verständnis der österreichischen Schüler hin. In puncto Lesekompetenz sind die Ergebnisse sogar unterdurchschnittlich. Noch schlechter als Österreich schneidet nur Luxemburg ab, wo der durchschnittliche PISA-Score trotz immenser Bildungsausgaben deutlich unter dem OECD-Schnitt liegt.

Hohe Bildungsausgaben bei mäßigem Erfolg

– durchschnittliche PISA-Ergebnisse im Vergleich zu durchschnittlichen Bildungsausgaben je Schüler 2018



Quelle: OECD, PISA, EZB, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Durchschnittliche Bildungsausgaben aller Bildungsstufen (exklusive Forschungs- und Entwicklungsausgaben) in Euro zu Preisen von 2018 (kaufkraft- und wechsellkursbereinigt) pro Schüler. Der mittlere PISA-Score ergibt sich aus den Testergebnissen der drei Teilgebiete (Lesekompetenz, Mathematik, Wissenschaft).

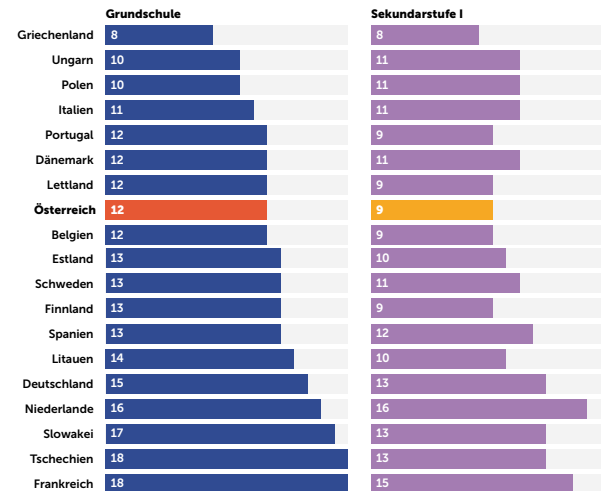
Wo sind nur all die Lehrer hin?

Die Debatte über einen vermeintlich eklatanten Lehrermangel ist schwer nachvollziehbar. In Österreich kommen überdurchschnittlich wenige Schüler auf einen Lehrer. Es dürfte sich um ein fächerspezifisches Problem handeln, Österreich reiht sich bei einem europäischen Vergleich der Klassenschülerzahl im guten Mittelfeld ein.

Während von der ersten bis zur vierten Schulstufe durchschnittlich zwölf Kinder auf eine Lehrperson kommen, sind es in den weiterführenden Schulstufen sogar nur neun. Eine Klasse umfasst meist circa 20 Kinder, womit Österreich gut ins europäische Bild passt. Allerdings stellt sich damit auch die Frage, was all die Lehrer machen, die nicht im Klassenzimmer stehen. Verhältnismäßig wenige Lehrer gibt es, gemessen an der Anzahl der Schüler, in Frankreich oder Tschechien.

Wie viele Schüler kommen auf einen Lehrer?

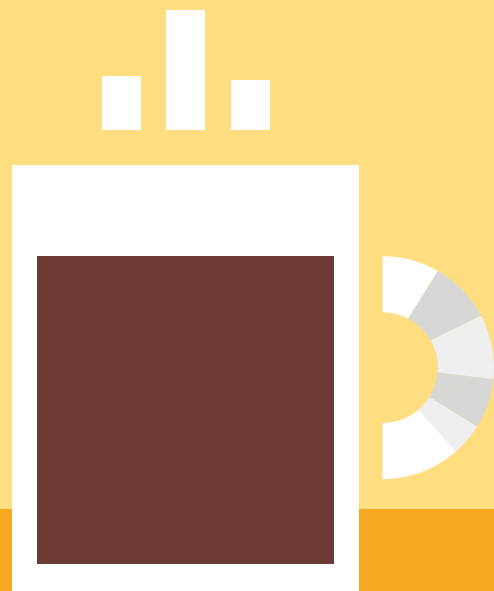
– durchschnittliches Verhältnis von Schülern zu Lehrern, 2020



Quelle: OECD.

Anmerkung: Inkludiert sind alle öffentlichen und privaten Bildungsinstitutionen. Grundschule umfasst die Primärbildung (ISCED 1), Sekundarstufe I die Folgejahre bis zum Pflichtschulabschluss (ISCED 2).

Arbeit & Wohlstand



Warum Menschen nicht mehr arbeiten

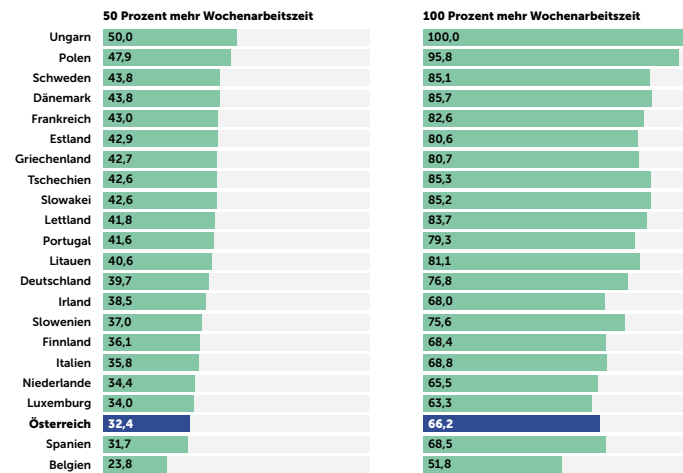
In Österreich arbeiten so viele Menschen wie nie zuvor – aber auch so viele in Teilzeit wie nie zuvor. Warum das so ist, zeigt ein Blick in die Tiefen des heimischen Lohnsteuersystems: In kaum einem anderen europäischen Land ist es finanziell unattraktiver, seine Arbeitszeit auszuweiten.

Stockt beispielsweise eine 20-Stunden-Kraft ihre Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden auf, so arbeitet sie um 50 Prozent mehr und verdient auch brutto um die Hälfte mehr. Netto bleiben aber nur 32,4 Prozent mehr übrig – weil die Sozialversicherungsabgaben und die Lohnsteuer schneller steigen als das Bruttoeinkommen. Selbst im Hochsteuerland Schweden wären es um 43,8 Prozent mehr. Wird die Arbeitszeit von 20 auf 40 Stunden ausgeweitet, steigen Arbeitszeit und Bruttolohn um 100 Prozent. Netto-Plus: 66,2 Prozent.

Ist es sinnvoll, mehr zu arbeiten?

– Nettoeinkommenszuwachs durch Ausweitung der Arbeitszeit aus der Teilzeit, in Prozent

Lesebeispiel: Wenn eine Teilzeitkraft die Wochenarbeitszeit um 50 Prozent ausweitet, steigt der Nettolohn in Österreich nur um 32,4 Prozent. Im schwedischen System bekommt eine Teilzeitkraft bei gleicher Ausweitung 43,8 Prozent mehr.



Quelle: OECD, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Steuerbelastung für das Jahr 2021. Unter der Annahme eines Stundenverdienstes wie bei einem durchschnittlichen ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single ohne Kind. Für Teilzeitbeschäftigung wird ein Arbeitsausmaß von 50 Prozent einer Vollzeitstelle angenommen.

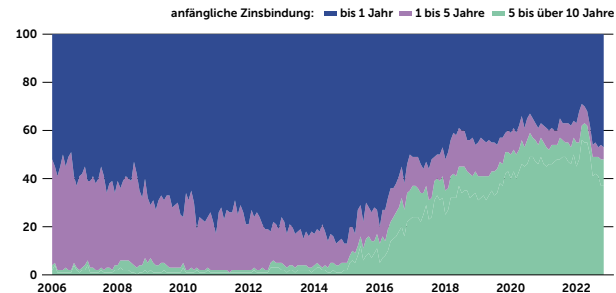
Die Österreicher mögen es gerne variabel

Durch die rasante Teuerung und den Anstieg der Kreditzinsen sind Tausende Häuslbauer im Dilemma. Variable Kredite waren im Zuge der Nullzinspolitik der EZB höchst attraktiv. Mit der Zinswende hat sich das geändert. Fast die Hälfte des Volumens der Immobilienkredite sind variabel verzinst, langfristige Zinsbindungen leicht rückläufig.

Im Jahr 2022 haben sich die Zinsraten auf Immobilienkredite mehr als verdoppelt. Dabei bedeuten selbst kleine Anstiege über die gesamte Laufzeit hinweg deutlich höhere Kosten. Dementsprechend ist die Nachfrage nach Krediten für einen Hausbau oder Kauf einer Eigentumswohnung stark zurückgegangen. Die höheren Zinsen, die Verunsicherung vieler Häuslbauer wegen der steigenden Baupreise und strengere Vergaberichtlinien für Immobiliendarlehen zeigen Wirkung.

Fast die Hälfte der Immobilienkredite ist variabel verzinst

Neu abgeschlossene Wohnbaukredite, Anteil in Prozent:



Bestandskredite, Anteil in Prozent:



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Die Daten zu den Bestandskrediten beziehen sich auf November 2022. Der Anteil der Kreditvolumen ist nach Dauer der Zinsbindung dargestellt.

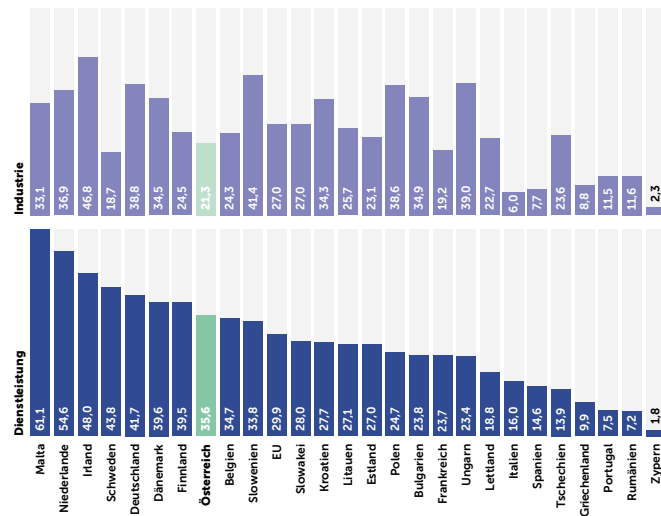
Der Arbeitskräftemangel gewinnt an Fahrt

Der Mangel an Mitarbeitern hat sich in nahezu allen europäischen Ländern deutlich verstärkt. Während vor der Pandemie zwei von zehn Unternehmen in der EU in ihrer Produktion beeinträchtigt waren, sind es heute drei von zehn. Österreich ist im Dienstleistungssektor etwas stärker betroffen als der EU-Durchschnitt.

So verzeichnen dort mehr als ein Drittel aller Unternehmen Produktionseinbußen infolge des Arbeitskräftemangels. Auch in Österreichs Industrie fehlen Arbeitskräfte, sie steht allerdings im internationalen Vergleich noch gut da. Es gibt nutzbare Potenziale am Arbeitsmarkt. Im Gastgewerbe etwa stehen zig offene Stellen vielen Jobsuchenden gegenüber. Weil diese aber oft nicht im selben Bundesland sind, braucht es Anreize wie Umsiedlungshilfen, um das Problem zu mindern.

Arbeitskräftemangel in der EU

– Anteil der Unternehmen, die im Jahr 2022 von Produktionseinbußen aufgrund des Arbeitskräftemangels betroffen waren, in Prozent



Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

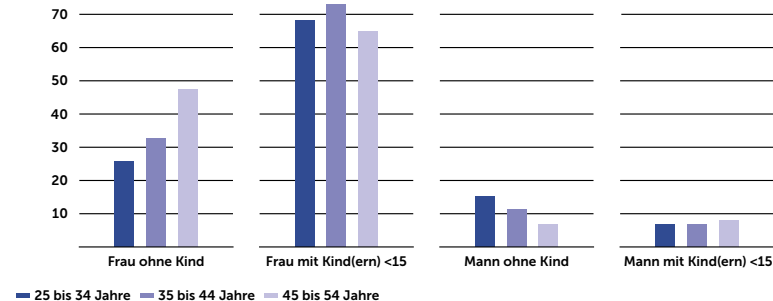
Teilzeit boomt auch bei Kinderlosen

Kinder bringen Frauen in Teilzeit. So steigt die Teilzeitquote von Frauen mit der Geburt eines Kindes erheblich an, während der Teilzeitanteil von Männern mit Kindern sogar unter jenem von Kinderlosen liegt. Interessant ist aber auch, dass nahezu die Hälfte der kinderlosen Frauen zwischen 45 und 54 Jahren Teilzeit arbeitet. Bei den Frauen zwischen 35 und 44 Jahren sind es knapp über 30 Prozent. Flächendeckende Kinderbetreuung allein dürfte also nicht die Lösung sein.

Der österreichische Teilzeitboom gründet vor allem auf der hohen Belastung durch Steuern und Abgaben auf Arbeit. Die Mehrbelastung trifft insbesondere den mittleren Einkommensbereich. In Kombination mit hohen zusätzlichen Betreuungskosten können sogar finanzielle Verluste aus einer Vollzeittätigkeit entstehen.

Teilzeit boomt auch bei Kinderlosen

– Teilzeitquote nach Alter der Erwerbsperson, in Prozent



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Bei dieser Definition handelt es sich um Haushalte, in denen Kinder zumindest mit einem Elternteil zusammenwohnen.

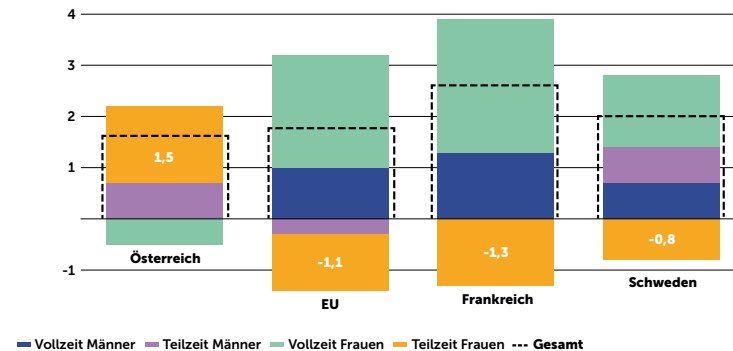
Immer mehr Österreicher arbeiten Teilzeit

Ganz Europa leidet unter einem Arbeitskräftemangel. So auch Österreich. Da klingt es zunächst einmal positiv, dass die Beschäftigung seit 2019 um 1,7 Prozent gestiegen ist. Dieser Zuwachs ist allerdings besonders stark von Teilzeitstellen getrieben.

So haben neue Teilzeitarbeitsverhältnisse bei Frauen 1,5 Prozentpunkte zu diesem Anstieg beigetragen und die Teilzeitbeschäftigung bei Männern 0,7 Prozentpunkte. Der Rückgang der Vollzeitbeschäftigung bei Frauen senkte das Beschäftigungsausmaß jedoch um 0,5 Prozentpunkte. Im EU-Schnitt ist der exakt gegenteilige Trend zu beobachten: Die Teilzeitbeschäftigung geht zurück, die Vollzeitstellen nehmen zu. Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich, wo der Aufbau neuer Vollzeitjobs die Beschäftigung um 3,9 Prozentpunkte anwachsen ließ.

Beschäftigungsaufbau in Österreich besonders stark über Teilzeit getrieben

– Beitrag zum Gesamtbeschäftigungswachstum, in Prozent



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

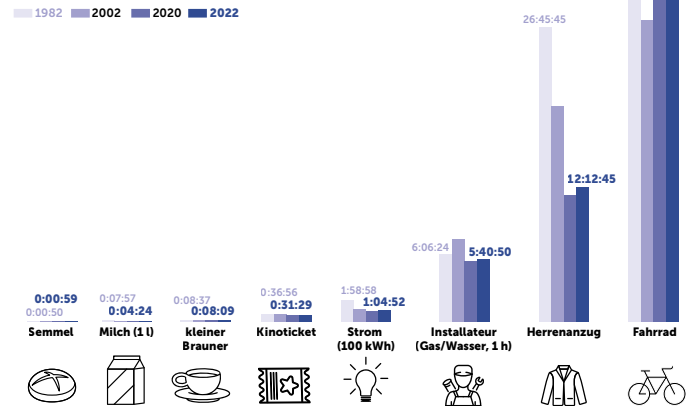
Warum es uns heute besser geht als früher

Jedes Jahr werden am 1. Mai die Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung zelebriert. Und tatsächlich gab es auch vergangenes Jahr einiges zu feiern. Denn trotz mehr Urlaub und hoher Inflationsraten hat die Kaufkraft in Österreich zugenommen. Um sich ein Fahrrad, einen Kaffee oder einen Installateur zu leisten, muss heute weniger gearbeitet werden als früher.

Die Teuerung stellt für Österreich und Europa eine große Herausforderung dar, die aber nicht von der Regierung, sondern von der Geldpolitik zu lösen ist. Es ist klar, dass Bedürftigen geholfen werden muss, diese Zeit zu überstehen. Aber der Großteil der Bevölkerung ist zum Glück nicht betroffen. Wer Vollzeit arbeitet, der kann sich trotz der steigenden Kosten deutlich mehr leisten als die Elterngeneration.

Wie lange man für eine Semmel arbeiten muss

– wie lange die Österreicher für ausgewählte Konsumgüter 1982 und 2022 arbeiten mussten (hh:mm:ss)



Quelle: AK, OeNB, WKO, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Unter Berücksichtigung von Feiertagen und Urlaubsanspruch in Wien im jeweiligen Jahr. Unter der Annahme einer 40-Stunden-Woche. Einkommen im Jahr 2022 anhand des Tariflohnindex geschätzt.

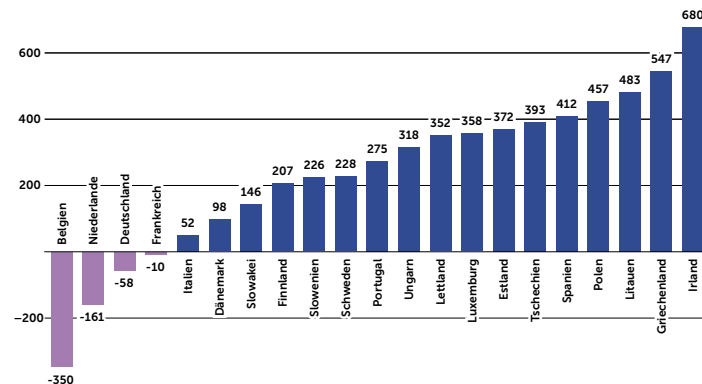
Wer rechnen kann, arbeitet Teilzeit

Die Regierung hat den Bürgern in den letzten Jahren zwar die eine oder andere Entlastung zukommen lassen – an der überdurchschnittlich hohen Belastung der Arbeit hat sich aber nicht viel verändert. Gemessen an den Arbeitskosten haben Österreichs Arbeitnehmer die viertniedrigsten Nettolöhne in der industrialisierten Welt. Hätten wir bei Steuern und Abgaben auf Arbeit dieselbe Belastung wie der Wohlfahrtsstaat Schweden, blieben einem Durchschnittsverdiener rund 230 Euro netto mehr im Monat.

Wer rechnen kann, arbeitet also Teilzeit. Österreich entlastet seit Jahren vor allem die unteren Einkommen, damit wird Teilzeitbeschäftigung finanziell immer interessanter. Entlastet werden sollten vorrangig mittlere Einkommen, im derzeitigen System steigt die Abgabenbelastung jedoch hier am stärksten an.

Wo Arbeitnehmern netto mehr bleibt

– Differenz zu Österreich, in Euro pro Monat



Quelle: OECD, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Abgabenbelastung berechnet für einen durchschnittlichen ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single (3.762 Euro Bruttomonatseinkommen) im Jahr 2022 unter Berücksichtigung sonstiger Bezüge (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie verpflichtender privater Pensionsversicherungen.

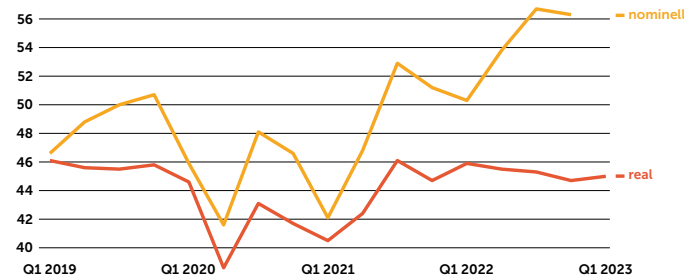
Teure Gießkannen lassen den Privatkonsum sprießen

Nach mehreren Rückgängen stieg die Inflation im Mai 2023 wieder auf 9,6 Prozent, das war der höchste Wert im Westen der EU. Einen Grund dafür stellt der anhaltend hohe private Konsum dar.

Dieser war im vierten Quartal 2022 um 9,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Selbst der um die Inflation korrigierte reale Konsum ging im Jahr 2022 kaum zurück. Im ersten Quartal 2023 konnte er gegenüber dem Vorquartal noch einmal leicht zulegen. Das bedeutet, dass die Menschen im ersten Quartal 2023 nicht nur mehr Geld für Konsum ausgaben, sondern dass sie tatsächlich auch mehr Güter konsumierten. Wenig zielsichere Hilfsmaßnahmen der Regierung feuern die Inflation weiter an. Besser sollte sie sich auf die einkommensschwächsten Teile der Gesellschaft konzentrieren.

Hilfsmaßnahmen stützen den privaten Konsum

– reale und nominelle Konsumausgaben der privaten Haushalte, in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Der reale (inflationsbereinigte) Konsum ist saison- und arbeitstagebereinigt in Preisen von 2015. Der nominelle Konsum ist in Ursprungswerten. Abgebildet ist jeweils der Konsum der privaten Haushalte. Das erste Quartal des Jahres 2023 wurde mit der WIFO-Schnellschätzung der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck fortgeschrieben.

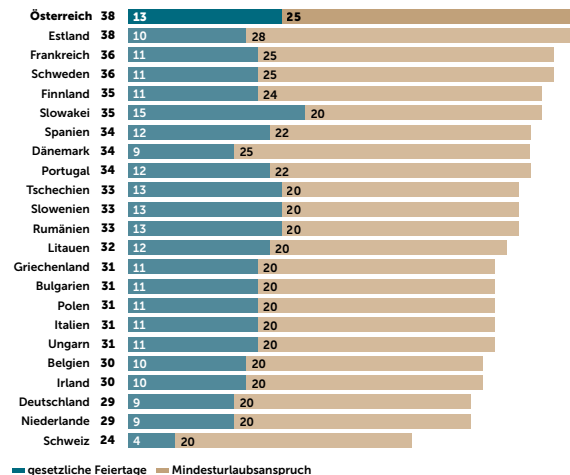
Österreicher haben europaweit am öftesten frei

Der Mai ist nicht nur der Monat des wachsenden Grüns, sondern auch der vielen Feiertage. Bei den gesetzlichen Feiertagen wird Österreich nur noch von der Slowakei übertroffen. Summiert man die 13 Feiertage mit den hierzulande mindestens 25 gesetzlichen Urlaubstagen, haben heimische Arbeitnehmer 38 Arbeitstage im Jahr frei. Damit liegt Österreich gemeinsam mit Estland an der europäischen Spitze.

Der tatsächliche Urlaubsanspruch ist allerdings vom jeweiligen Kollektivvertrag und teilweise auch von den bereits geleisteten Arbeitsjahren abhängig. Charakteristisch für Österreich ist vor allem die Dichte an religiösen Feiertagen: Zehn sind kirchlicher Natur und nur drei, nämlich Neujahr, der Staats- und der Nationalfeiertag, haben keinen christlichen Bezug.

Österreicher haben jährlich mindestens 38 Tage frei

– in Tagen pro Jahr



Quelle: Europäische Kommission, feiertag.info.

Anmerkung: Der Mindesturlaubsanspruch bezieht sich auf eine Fünf-Tage-Arbeitswoche. Die Grafik zeigt die Summe an landesweit gültigen gesetzlichen Feiertagen – die Anzahl kann regional variieren. Oster- und Pfingstsonntag werden, wenn auch in vielen Ländern als gesetzliche Feiertage festgelegt, in diesem Vergleich nicht als solche gezählt.

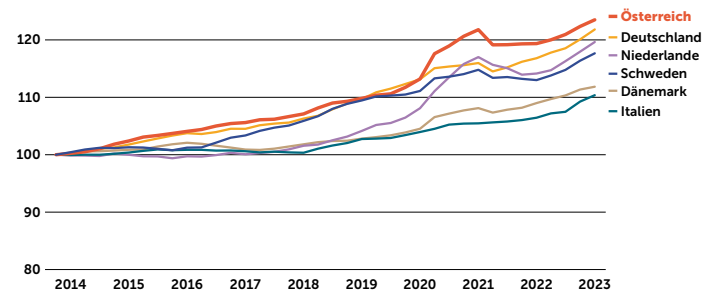
Wird Österreich unleistbar?

Österreich liegt im Spitzenfeld bei den Lohnstückkosten. Sie zeigen, wie hoch die Lohnkosten je produzierter Einheit sind und wie effizient die Arbeitskräfte eines Landes agieren. Österreich läuft dabei vielen anderen Staaten davon.

Im Vergleich haben die Lohnstückkosten von Deutschland und Italien ebenfalls zugelegt, sind insgesamt aber deutlich niedriger als die heimischen. In vielen ost-europäischen Ländern steigen die Lohnkosten noch dynamischer, starten allerdings auch von einem niedrigeren Niveau. Die hohen Lohnstückkosten werden negative Folgen für die heimische Wettbewerbsfähigkeit haben, speziell dann, wenn die heimische Teuerung und damit auch die Lohnabschlüsse längere Zeit über denen der anderen Länder Europas liegen und die Unternehmen belasten.

Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit

– Entwicklung der Lohnstückkosten (Index, 2013 = 100)



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Nominale Lohnstückkosten (Arbeitsstundenbasis), rollierender Durchschnitt über vier Quartale.

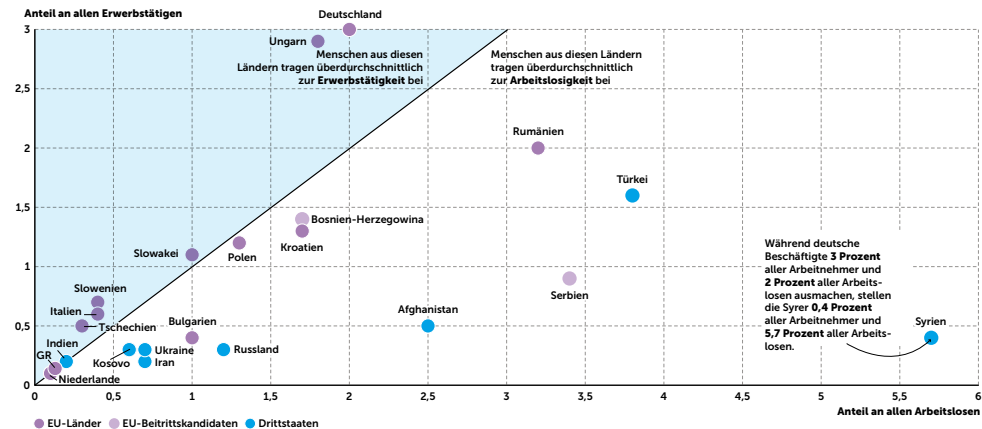
Wird vor allem in die Arbeitslosigkeit zugewandert?

Es besteht kein Zweifel, dass Österreichs Wohlstand ohne die Arbeitskraft qualifizierter Zuwanderer nicht zu halten sein wird. Kam vor 15 Jahren rund jeder zehnte Erwerbstätige aus dem Ausland, ist es heute fast jeder vierte. Während Arbeitskräfte aus Deutschland und Ungarn überdurchschnittlich stark in den Arbeitsmarkt zuwandern, stellen Menschen aus Serbien, Afghanistan und Syrien einen überproportional hohen Anteil der Arbeitslosen.

Grund dafür sind oft mangelnde Qualifikationen, fehlende Sprachkenntnisse oder eine Kombination aus beidem. Besonders bei Niedrigqualifizierten spielen auch hohe Sozialleistungen eine Rolle. Um die Sprachkompetenzen von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Familien weiter zu fördern, bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der damit befassten Bildungseinrichtungen.

Welche Rolle ausländische Arbeitskräfte am heimischen Arbeitsmarkt spielen

– Anteil an der gesamten Arbeitslosigkeit/Erwerbstätigkeit, in Prozent



Quelle: BMA, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Unselbstständig Beschäftigte, Arbeitslose mit Schulungsteilnehmern. 12-monatiger Durchschnitt, Mai 2022 bis April 2023. Dargestellt werden 25 Länder mit dem höchsten Anteil an Beschäftigung. Personen mit Meldestatus Jugoslawien sowie dem Status „Serbien und Montenegro“ sind nicht berücksichtigt.

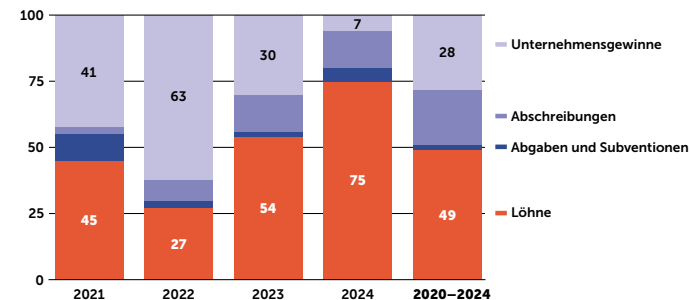
So treiben Löhne die Inflation

Im Zuge der stark gestiegenen Inflation ist eine hitzige Debatte entbrannt: Sind nun die Löhne oder die Unternehmensgewinne für die hohen Inflationsraten hauptverantwortlich? Während die Unternehmensgewinne im Jahr 2022 eine bedeutende Rolle spielten, drehte sich das Verhältnis 2023 um. Nun treiben die Löhne die Preise – eine Entwicklung, die sich noch verstärken wird.

Insgesamt erklären die Löhne von 2020 bis einschließlich 2024 fast die Hälfte der Inflation. Der Anteil, den Unternehmensgewinne daran haben, beläuft sich hingegen auf knapp 30 Prozent. Selbst moderate Lohnabschlüsse tragen dazu bei, die Inflationsrate in den kommenden Jahren hoch zu halten.

Größter Teil der Inflation entfällt ab 2023 auf die Löhne

– Anteile an der Inflation, in Prozent



Quelle: Statistik Austria, OeNB, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Anteile am Wertschöpfungsdeflator, exklusive Krisensubventionen. Abweichungen von 100 Prozent ergeben sich aufgrund von Rundungsdifferenzen.

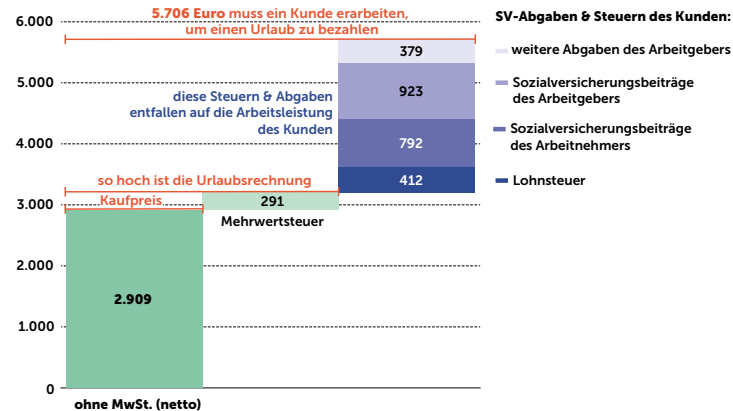
Wie der Staat beim Urlaub mitnascht

Die hohe Steuerbelastung in Österreich betrifft nicht nur die Einkommen der Bürger, sondern wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Wenn eine vierköpfige Familie für 3.200 Euro einen Urlaub bucht, kostet der in Wirklichkeit 5.700 Euro. Denn diese Summe muss ein Durchschnittsverdiener erwirtschaften, um die Kosten netto bezahlen zu können. Von dieser Transaktion gehen knapp 2.800 Euro an den Staat. 2.900 Euro bekommt der Urlaubsanbieter, der diesen Betrag aber seinerseits wieder versteuern muss.

Die Zahl verdeutlicht, wie hoch die Steuer- und Abgabenlast in Österreich tatsächlich ist. Damit Bürger die Möglichkeit haben, Eigentum zu erwerben, braucht es niedrigere Steuern. Finanziert durch Einsparungen auf der Ausgabenseite und angeleitet durch eine Ausgabenbremse.

Was für einen Urlaub erarbeitet werden muss

– in Euro



Quelle: ÖAMTC, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Berechnet für einen Arbeitnehmer mit einem Bruttomonatslohn iHv. 4.363 Euro. Urlaubsbudget berechnet für eine vierköpfige Familie iHv. 800 Euro pro Person. Zur Vereinfachung wurde für den Urlaub ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von zehn Prozent angenommen.

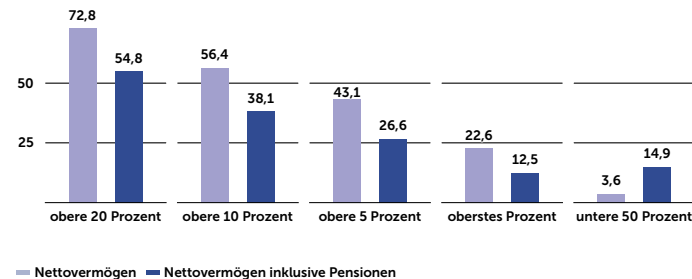
Österreicher sind reicher als gedacht

In Österreich wird immer wieder die ungleiche Vermögensverteilung beklagt. Tatsächlich sind die Vermögen ungleich verteilt, während die Einkommen nach Steuern und Transfers sehr gleichmäßig verteilt sind. Das ist typisch für einen Wohlfahrtsstaat. In der Statistik fehlt allerdings die öffentlich organisierte Altersvorsorge. Wird das Pensionsvermögen einbezogen, verringert sich die Schieflage in der Vermögensverteilung deutlich.

Nun sind Pensionsansprüche nicht gleichzusetzen mit privatem Vermögen. Aber das öffentliche Pensionssystem hat einen entscheidenden Anteil daran, wie stark privat vorgesorgt wird, und das wirkt sich natürlich auch auf die Vermögensverteilung aus. Je großzügiger das öffentliche System, desto ungleicher die Verteilung.

So viel zählen Pensionen bei der Vermögensverteilung

– Anteile am Gesamtvermögen in Österreich mit und ohne Pensionsanspruch, in Prozent



Quelle: OeNB (2022).

Anmerkung: Bei der Darstellung handelt es sich ausschließlich um gesetzlich erworbene Pensionsansprüche.

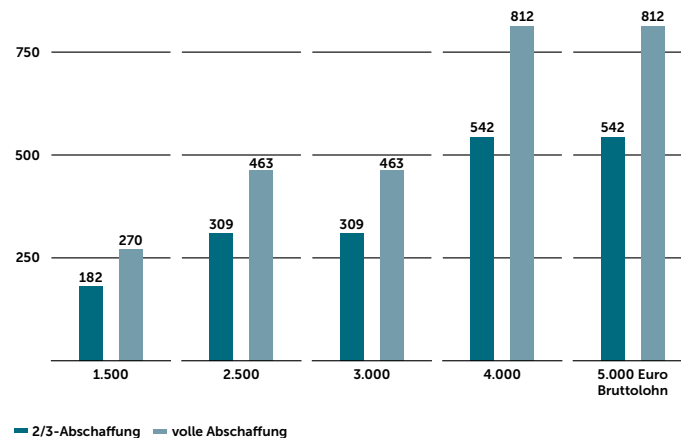
Was das Aus der kalten Progression bringt

Mit Beginn des Jahres 2023 wurde die kalte Progression abgeschafft. Zwei Drittel der Einnahmen durch diese schleichende Steuererhöhung fließen nun automatisch zurück. Das verbleibende Drittel kann je nach politischer Schwerpunktsetzung verteilt werden. Die tatsächliche Belastung durch die kalte Progression wird also nicht für jeden vollständig kompensiert.

Wenn etwa jemand monatlich 1.500 Euro brutto verdient, wird er nach dem aktuellen Modell im Jahr 2024 automatisch um 182 Euro entlastet. Für eine vollständige Kompensation wären 270 Euro notwendig. Das zeigt, wie wichtig die Abschaffung der kalten Progression war und wie unnötig kompliziert das derzeitige Modell ist. Die kalte Progression gehört komplett abgeschafft und das Geld gleichmäßig auf alle Steuerzahler verteilt.

Was die Abschaffung der kalten Progression dem Steuerzahler tatsächlich bringt

– zusätzlicher Nettoverdienst pro Jahr für ausgewählte Bruttomonatslöhne, in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Für die Berechnung wurde eine Inflationsrate von 9,9 Prozent angenommen. Dieser Wert ergibt sich von Juli 2022 bis Juni 2023 (für Juni 2023 vorläufiger Wert). Mit diesen Werten wird auch die kalte Progression lt. Gesetz berechnet.

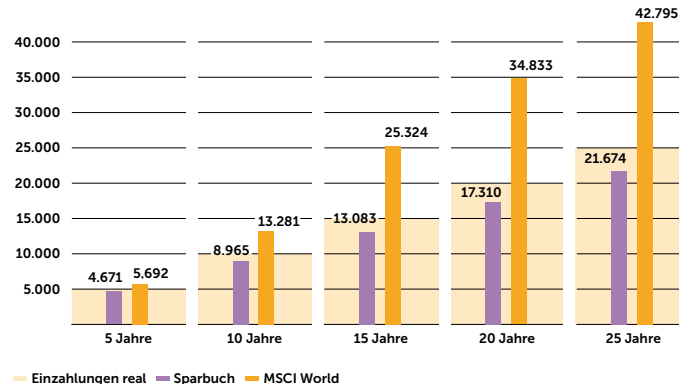
Mit Aktien Vermögen aufbauen

In Österreich ist es mittlerweile schwierig, sich aus eigener Kraft ein Vermögen aufzubauen. Das liegt neben der hohen steuerlichen Belastung von Arbeit vor allem auch daran, dass Sparformen wie Sparbuch oder Lebensversicherung – die beliebtesten Anlageformen der Österreicher – kaum Ertrag abwerfen. Immobilien wiederum weisen eine hohe finanzielle Einstiegshürde auf.

Der Aktienmarkt bietet für viele eine gute Alternative, auch mit kleinen Beträgen über längere Zeiträume Vermögen aufzubauen. Während jedoch in anderen Ländern breite Bevölkerungsschichten am Aktienmarkt investieren, besitzen hierzulande laut dem aktuellen Aktienbarometer 2023 nur 19 Prozent der Befragten Investmentfondsanteile bzw. ETFs; lediglich 13 Prozent legen ihr Geld in Aktien an.

Vermögensaufbau: Aktienmarkt schlägt Sparbuch

– Entwicklung des realen Investitionswerts nach Anzahl der Anlagejahre im Vergleich mit den geleisteten Einzahlungen, in Euro



Quelle: MSCI World, OECD, Statistik Austria, OeNB, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Ein Rückblick aus dem Jahr 2023. Jährliche Investition von inflationsbereinigten 1.000 Euro (in Preisen des Jahres 2023). Sparbuch berechnet mit den Einlagezinssätzen privater Haushalte mit vereinbarten Laufzeiten bis zu einem Jahr.

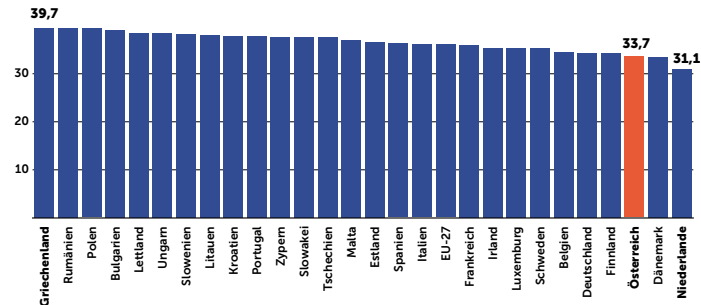
Kurze Arbeitszeiten sind längst Realität

Die Debatte um die 32-Stunden-Woche hat wieder an Fahrt gewonnen. Vergleicht man die tatsächlich gearbeiteten Stunden in Europa, fällt auf: Österreich reiht sich bei der durchschnittlich geleisteten Wochenarbeitszeit am unteren Ende ein, nicht zuletzt aufgrund der boomenden Teilzeit. Nur in Dänemark und den Niederlanden wird wöchentlich noch kürzer gearbeitet.

Eine 32-Stunden-Woche würde in Zeiten hoher Inflation die Arbeitskosten der Unternehmen binnen drei Jahren um die Hälfte steigen lassen. Um das abzufedern, müsste die Produktivität auf einen Schlag so stark steigen wie in den letzten 20 Jahren zusammengenommen. Eine für alle gültige gesetzliche Arbeitszeitreduktion, die noch dazu unter dem gewünschten Arbeitsausmaß der Bevölkerung liegt, würde dem Wohlstand schweren Schaden zufügen.

Nur Dänen und Niederländer arbeiten noch kürzer

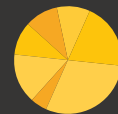
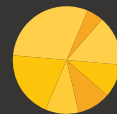
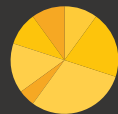
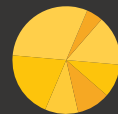
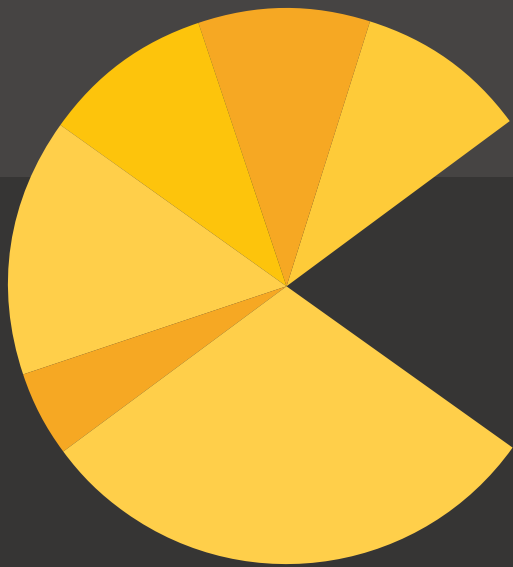
– durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit im Jahr 2022, in Stunden



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit bei allen Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren. Bei Personen, die mehrere Jobs haben, wird die höhere Stundenzahl berücksichtigt.

Staatsbudget & Staatsfinanzen



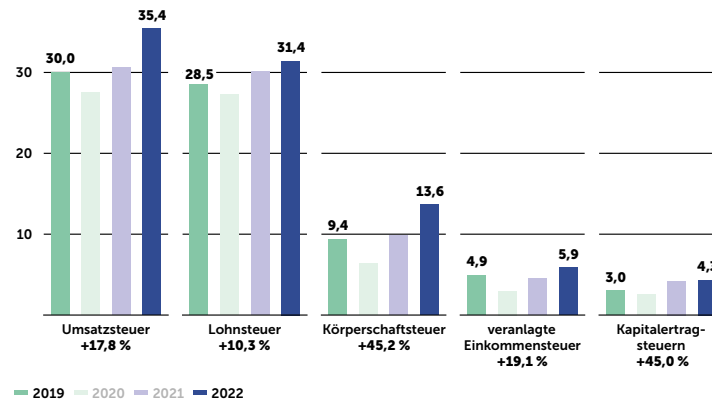
Steuereinnahmen sprengen 100-Milliarden-Grenze

Die Steuereinnahmen erreichten auch im Jahr 2022 ein neues Rekordhoch. Insgesamt wurden 105,2 Milliarden Euro an Steuergeld eingenommen, das sind um 9,5 Milliarden Euro mehr als im Jahr davor.

Alle großen Steuereinnahmen konnten im zweistelligen Bereich zulegen. Auf einem enorm hohen Niveau befindet sich die Umsatzsteuer, mittlerweile die mit Abstand wichtigste Steuereinnahme. Ein Grund dafür liegt im starken Konsum, daneben hat sich aber auch die hohe Inflation deutlich bemerkbar gemacht. Erfreulich für den Staat war zudem die Ertragslage der Kapitalgesellschaften, die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen um 45,2 Prozent über jenen aus dem Jahr 2019. Die Lohnsteuer wird von den Kollektivvertragsabschlüssen des Jahres 2021 und dem Beschäftigungsaufbau im Jahr 2022 getrieben.

Steuereinnahmen auf neuem Rekordhoch

– Einnahmen des jeweiligen Jahres (in Milliarden Euro) und die prozentuelle Veränderung zwischen 2019 und 2022



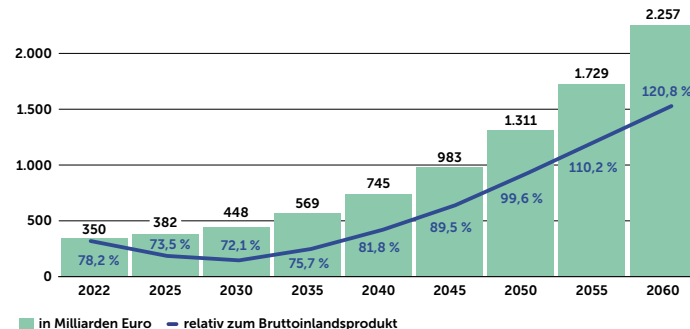
Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

Pro-Kopf-Verschuldung droht zu explodieren

Nicht nur die Inflation ist in Österreich 2023 auf einem besonders hohen Niveau. Auch die Staatsschulden sind beträchtlich gestiegen. Das liegt hauptsächlich an den zahlreichen Hilfsprogrammen, die die Kosten der Inflation für die Bürgerabfedern sollen. Doch so wachsen die Staatsschulden immer weiter an. Insgesamt betragen sie etwa 350 Milliarden Euro beziehungsweise rund 80 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder 39.000 Euro pro Einwohner.

Wenn die Politik nicht gegensteuert, wird sich dieser Trend noch weiter verschärfen. Dann läge die Staatsverschuldung im Jahr 2060 bei knapp 2.260 Milliarden Euro, sie würde sich also versechsfachen. Jeder Einwohner wäre dann mit 226.000 Euro verschuldet, die Schuldenquote würde auf rund 120 Prozent in Relation zum BIP klettern.

Staatsschulden werden bis 2060 deutlich ansteigen



Quelle: WIFO, Fiskalrat, Budgetdienst, OECD, Statistik Austria, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Staatsschulden nach Maastricht-Kriterien.

Österreich bei Förderungen europaweit auf Platz 2

Geld ausgeben macht mehr Spaß, als es einzunehmen. So gesehen dürften österreichische Politiker zu den vergnügtesten in ganz Europa zählen. Spätestens seit der Corona-Krise kennen sie kein Halten mehr. Immer wieder lassen sie sich feiern, wenn es ihnen gelungen ist, mehr Geld zu verteilen als Regierungen in anderen Ländern. Allein im Jahr 2021 flossen in Österreich über 3.800 Euro pro Kopf in Form von Subventionen, Kapitaltransfers oder weiteren Arten von Fördergeldern.

Andere Staaten haben es jedoch durchaus geschafft, mit weniger Geld auszukommen, während man hierzulande mit vollen Händen gegeben hat. Dabei blieb die Treffsicherheit oft auf der Strecke. Nun hat die Republik sogar Ärger mit der EU-Kommission, weil man den zulässigen Beihilfenrahmen übertreten haben könnte.

Nur das reiche Luxemburg fördert pro Kopf noch mehr als Österreich

– Förderungscharakter 2021, in Euro pro Kopf



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Zahlen sind kaufkraftbereinigt und entsprechen dem österreichischen Preisniveau.

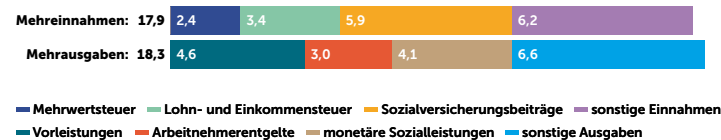
Inflation wird für den Staat 2023 zum Verlustgeschäft

Während der Staat 2022 noch von den hohen Preisen profitierte, wird für ihn die Inflation 2023 zum Verlustgeschäft. Konkret werden die inflationsbedingten Mehrausgaben die Einnahmen um 400 Millionen Euro übersteigen. Im Vorjahr stand hier noch ein milliardenschweres Plus.

Einerseits erhöhten sich zwar auch 2023 die Einnahmen aus Mehrwertsteuer sowie Lohn- und Einkommensteuer kräftig; dasselbe gilt für die Sozialversicherungsbeiträge. Andererseits muss der Staat aber für Ausgaben tiefer in die Tasche greifen: Nicht nur die Kosten für Bauprojekte, sondern auch für Pensionen und Sozialleistungen legen stark zu. Strukturelle Reformen beispielsweise bei den Pensionen werden im Zuge der Teuerung immer drängender.

Wie die Inflation den Staatshaushalt 2023 belastet

– Mehreinnahmen und Mehrausgaben des Staates durch Inflation, in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria, WIFO, Fiskalrat, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Für die Berechnungen wurden die realisierte Inflation des Jahres 2022 in Höhe von 8,6 Prozent und die jüngste WIFO-Prognose für das Jahr 2023 in Höhe von 7,1 Prozent verwendet.

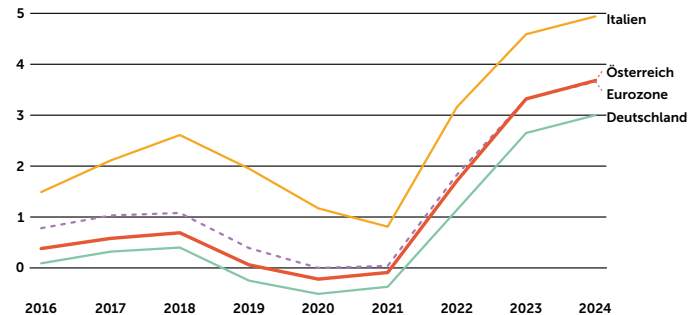
Der Staat tappt in die Zinsfalle

Jahrelang konnte sich die Republik äußerst günstig verschulden, doch diese Zeiten sind vorbei. Der angehobene Leitzins der Europäischen Zentralbank drückt stark auf die langfristigen Schulden.

Österreich hat sich zwar langfristig billig verschuldet, aber die Neuverschuldung muss bereits zu höheren Zinsen aufgenommen werden. Selbst das Niveau für Zinsen auf langfristige Schulden wird im Jahr 2024 mehr als doppelt so hoch sein wie im Jahr 2022. Jeder neue Euro Schulden wird in Zukunft teuer bezahlt werden müssen. Das Geld, das für höhere Zinsen ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle.

Zinsen auf langfristige Staatsschulden

– in Prozent



Quelle: OECD.

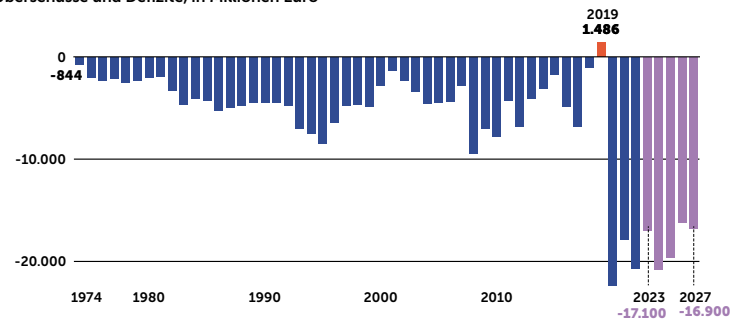
Das Land des immerwährenden Budgetdefizits

Von einem Überschuss war in der Budgetrede des Finanzministers nichts zu hören. Ein solcher ist für den Bund in Österreich die absolute Seltenheit. Während Schweden oder Dänemark regelmäßig weniger Geld ausgeben, als sie einnehmen, war der Budgetüberschuss in Österreich 2019 eine einmalige Ausnahme in den letzten 50 Jahren.

Österreich sollte sich Schweden zum Vorbild nehmen und eine Ausgabenbremse einziehen, damit wenigstens in guten Jahren Überschüsse anfallen. Die Skandinavier zeigen, dass ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat und Budgetüberschüsse kein Widerspruch sind. Ähnliches macht auch die Schweiz vor, die ebenfalls das Wachstum der öffentlichen Ausgaben bremst. Es ist höchste Zeit, die Bevölkerung vor allzu ausgabenfreudigen Politikern zu schützen.

50 Jahre und nur ein Überschuss im Bundeshaushalt

– Überschüsse und Defizite, in Millionen Euro



Quelle: BMF, OeNB.

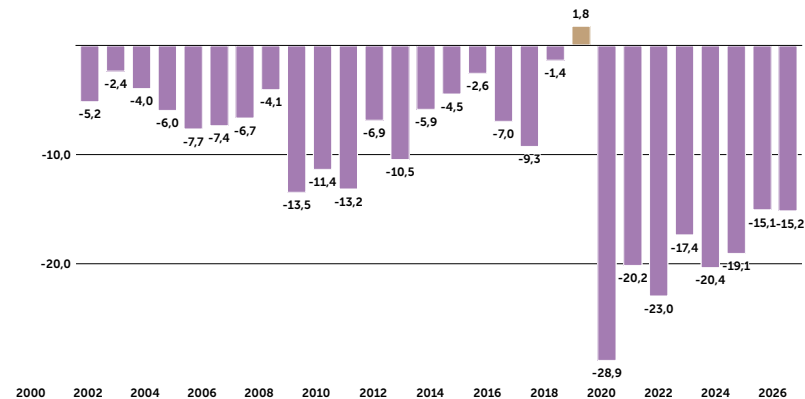
Das wahre Budgetdefizit liegt bei 20 Prozent

Der Regierung ist es trotz eines schwierigen konjunkturellen Umfelds gelungen, das Budgetdefizit 2024 wieder unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu drücken. Das klingt vielversprechend. Weniger gut sieht die Sache aus, wenn man das Defizit in Relation zu den Einnahmen setzt. Dann liegt das Budgetdefizit nicht mehr bei 2,7 Prozent, sondern bei 20 Prozent.

Schulden lassen sich nicht mit dem BIP zurückzahlen, schließlich hat der Staat nicht Zugriff auf die Wirtschaftsleistung aller Österreicher. Dieses neue Selbstverständnis der Regierung, noch viel mehr Geld auszugeben, als sie ohnehin schon einnimmt, ist besorgniserregend. Denn die Zeit des Gratisgelds ist vorbei, die Kosten des Ausgabenrausches müssen kommende Generationen übernehmen.

Neuverschuldung des Bundes

– in Prozent der Einnahmen des Bundes nach Abzug der Überweisungen an EU, Länder und Gemeinden



Quelle: BMF, OeNB, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Nettofinanzierungsbedarf dividiert durch die Einnahmen des jeweiligen Jahres.

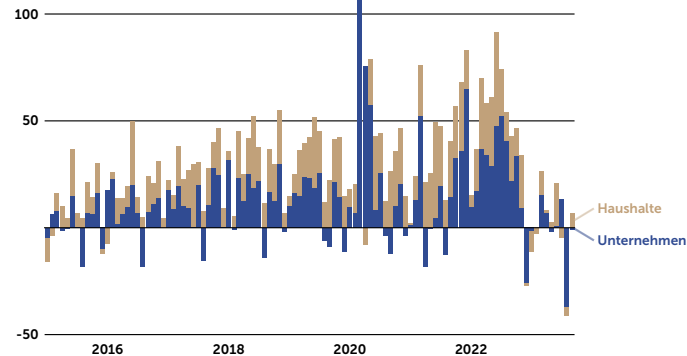
Kreditnachfrage im Euroraum am Boden

Seit über einem Jahr ist der Leitzins im Euroraum auf Bergfahrt. Nach der Zinspause der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt er nun bei 4,5 Prozentpunkten. Angesichts hoher Inflationsraten ist es die zentrale Funktion einer Notenbank, mit steigenden Zinsen die Kreditnachfrage zu dämpfen und damit den Geldschöpfungsprozess zu verlangsamen. Damit ist die EZB inzwischen sehr erfolgreich. Private und öffentliche Investitionen haben sich verteuert, die Nachfrage nach Krediten ist daher stark rückläufig.

Das hat realwirtschaftliche Auswirkungen. Die konjunkturellen Aussichten sind eher trüb. Wirtschaftsprognosen gehen davon aus, dass die Zinsen erst 2025 wieder fallen. Sollte die Inflation nicht zurückgehen oder gar ein Comeback feiern, dürfte aber selbst das noch zu optimistisch sein.

Kreditvergabe im Euroraum deutlich eingebrochen

– Transaktionen in Milliarden Euro pro Monat



Quelle: EZB (BSI).

Anmerkung: Bereinigt um Forderungsverkäufe, Verbriefungen u.Ä.

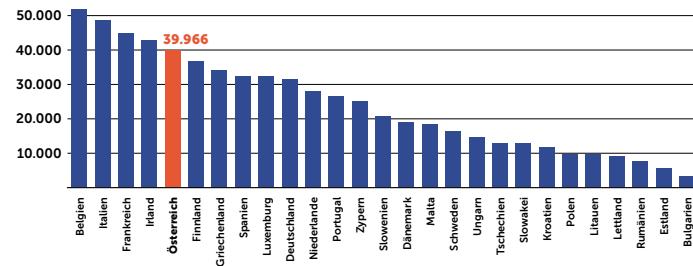
40.000 Euro Staatsschulden pro Kopf

In der Corona-Pandemie riefen alle nach dem Staat und dieser ließ sich nicht lange bitten. Rasch wurden Staatsprogramme aufgeföhren, um den Wohlstand der Haushalte und den Fortbestand der Unternehmen zu sichern.

Die Rechnung dafür werden kommende Generationen zahlen müssen. Aus ihrer Sicht rächt sich, dass der Staat schon vor Corona einen beträchtlichen Schuldenberg angehäuft hat: Mit Ende 2023 erreicht der Schuldenstand je Einwohner knapp 40.000 Euro. In der Europäischen Union weisen nur noch Belgien, Italien, Frankreich und Irland höhere Schulden pro Kopf aus als Österreich, das noch vor Griechenland und Spanien liegt.

Schulden pro Kopf

– in Euro, 2023



Quelle: EU-Kommission, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Die Werte beruhen auf Prognosen.

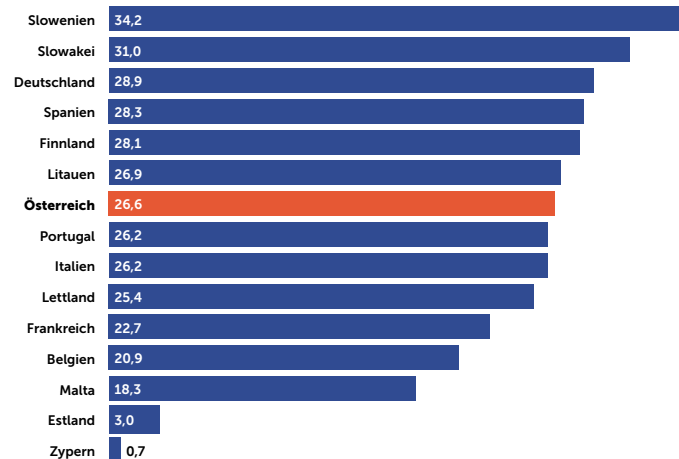
Geldpolitik abseits der Zinsen

Das Jahr 2023 wird als das Jahr der Zinswende in die jüngere Geschichte eingehen. Der mediale Fokus lag meist auf dem Leitzins, doch Geldpolitik ist seit Jahren weit mehr. Mit diversen Programmen zum Ankauf von Staatsanleihen war die Europäische Zentralbank (EZB) bemüht, die Inflation auf ihren Zielwert von zwei Prozent zu heben. Ende des Jahres 2022 hielt sie so mehr als jeden vierten Euro an den Staatsschulden Österreichs.

Der Umgang mit den Staatsschulden wird zeigen, wie unabhängig die EZB tatsächlich ist. Ihr Ziel ist Preisstabilität, dennoch spielte die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden bei den getroffenen geldpolitischen Entscheidungen ebenfalls eine gewichtige Rolle. Langfristig kann der Euro nur stabil sein, wenn die EZB glaubwürdig in ihrem Verbot der Staatsfinanzierung ist.

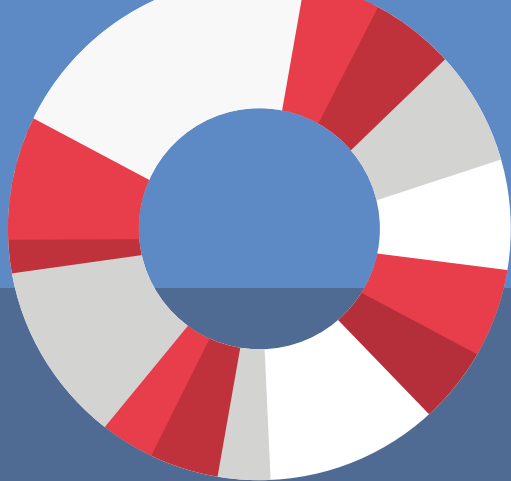
Verschuldung bei der Europäischen Zentralbank

– Anteil relativ zur gesamten Staatsverschuldung 2022, in Prozent



Quelle: EZB.

Soziales



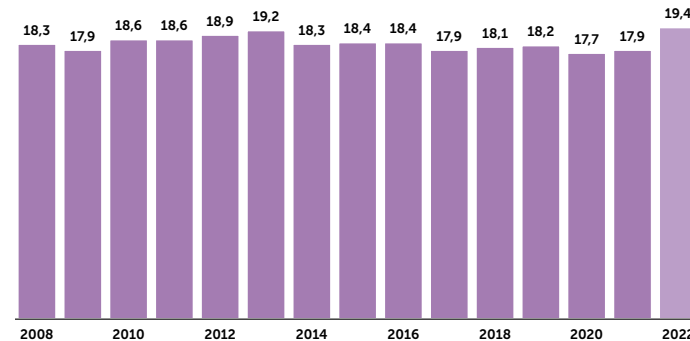
Ist Wohnen bald nicht mehr leistbar?

Arbeitnehmervertreter warnen, dass sich weite Teile der Bevölkerung die Wohnkosten nicht mehr leisten könnten. Viele Mieten würden aufgrund der stark gestiegenen Inflation erhöht. Was dabei gerne übersehen wird: Nicht nur die Mieten legen zu, sondern auch die Einkommen werden um die Inflation angehoben. Die Wohnkosten liegen seit Jahren nahezu unverändert bei knapp einem Fünftel des verfügbaren Haushaltseinkommens. Mit der Teuerungswelle sind sie in etwa auf dem Niveau des Jahres 2013.

Im europäischen Vergleich bleibt Wohnen in Österreich günstig. Bereits vor der Teuerungswelle gaben die Haushalte in Griechenland besonders viel fürs Wohnen aus (34,3 Prozent), aber auch in Dänemark (26,9 Prozent) oder Deutschland (23,3 Prozent) lag der Anteil der Wohnkosten deutlich höher als hierzulande.

Ist Wohnen bald nicht mehr leistbar?

– Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen, in Prozent



Quelle: Eurostat, OeNB, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Schätzung für das Jahr 2022, unter der Annahme eines Anstiegs der Haushaltseinkommen um 5,8 Prozent sowie der Wohnkosten um 14,5 Prozent.

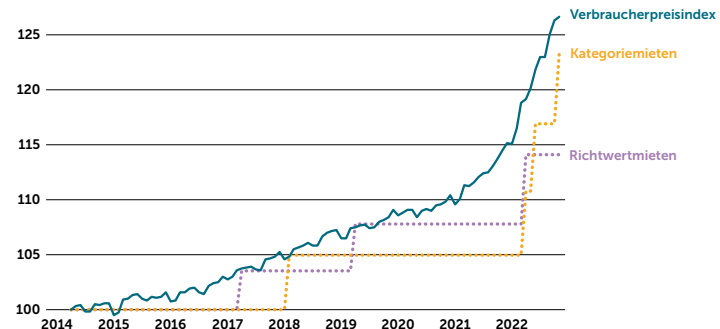
Eine Mietpreisbremse. Noch eine?

Die regulierten Mieten sind kräftig gestiegen, deshalb wurden Forderungen nach einer Mietpreisbremse laut. Aber die gibt es schon. Kategorie- und Richtwertmieten entwickeln sich mit dem Verbraucherpreisindex (VPI). Aktuell liegen die Mieten sogar noch unter dem VPI.

Jene Personen, deren Einkommen nicht ausreichend an die Inflation angepasst wurden, schmerzen die Mieterhöhungen natürlich. Eine noch schärfere Mietpreisbremse ist aber die falsche Antwort. Sie würde das Angebot weiter verknappen und der Markt würde sich stärker auf Eigentumswohnungen konzentrieren. Am Ende hilft man damit den Besserverdienern. Sinnvoller sind individuelle Unterstützungsangebote wie die Wohnbeihilfe oder der Heizkostenzuschuss.

Entwicklung der regulierten Mieten und der allgemeinen Teuerung

– Index (April 2014 = 100)



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Kategoriemieten für Kategorie A und Richtwerte für Wien. April 2014 wurde als Anfangsperiode gewählt, da in diesem Monat sowohl Kategorie- als auch Richtwertmieten angepasst wurden.

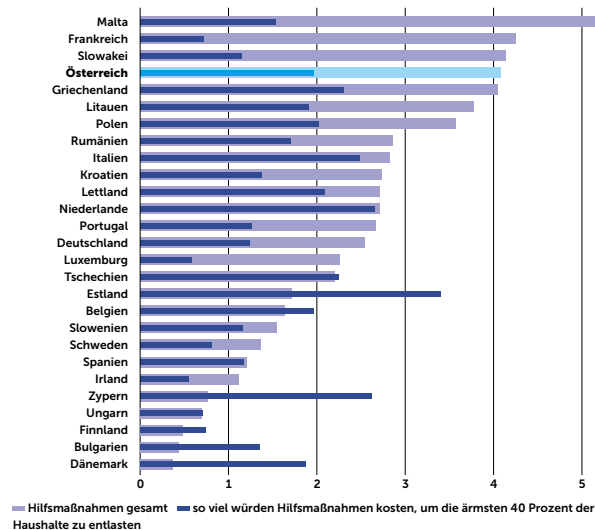
60 Prozent der Hilfen nicht treffsicher

Österreich hat in der Energiekrise besonders großzügige Hilfszahlungen an private Haushalte geleistet. In den Jahren 2021 und 2022 wurden Hilfen in Höhe von vier Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung beschlossen. Dabei wäre rund die Hälfte ausreichend gewesen, um die ärmsten 40 Prozent der Haushalte treffsicher zu entlasten. Mehr als 60 Prozent der Hilfszahlungen waren nicht zielgerichtet.

Zu großzügige Hilfszahlungen für Verbraucher und Unternehmen verschärfen die Teuerung weiter, indem sie die Nachfrage ankurbeln. Das vermeintliche Vorbild Frankreich handelte noch großzügiger und stellte ein Vielfaches der notwendigen Gelder bereit. Dort waren rund drei Viertel der Hilfen nicht zielgerichtet.

Waren die Hilfen wirklich zielgerichtet?

– Hilfsmaßnahmen für Haushalte im Jahr 2022 und 2023, in Prozent in Relation zum BIP



Quelle: World Economic Outlook, IWF.

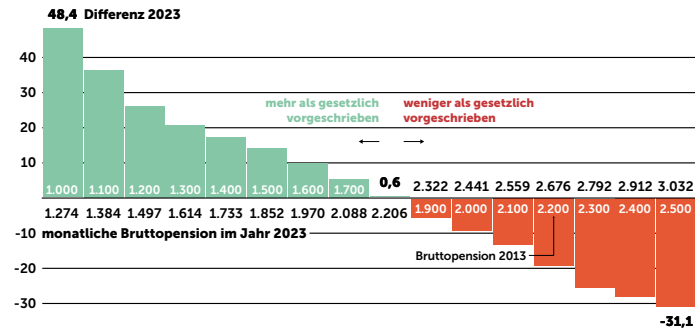
Wie stark über das Pensions-system umverteilt wird

Grundsätzlich sollten die Pensionen jährlich um die Inflationsrate erhöht werden. Seit vielen Jahren heben die Regierungen niedrige Pensionen stärker an als höhere. Pensionisten mit monatlichen Brutto-Bezügen von unter 2.218 Euro zählten zu den Gewinnern, wer über dieser Marke lag, zu den Verlierern. Zwei Beispiele: Wer im Jahr 2013 eine Bruttopension in Höhe von 1.200 Euro im Monat hatte, erhält 2023 386 Euro pro Jahr mehr als vorgesehen; wer 2.500 Euro Pension hatte, bekommt um 436 Euro jährlich weniger als gesetzlich festgelegt.

Diese Erhöhungen der Pensionen sind gut gemeint, aber brandgefährlich. Sie hebeln das Versicherungsprinzip der Pension aus und führen zu beträchtlichen Mehrausgaben. Das Pensionssystem gerät immer mehr in Schieflage.

Wer von Pensionsanpassungen am meisten profitiert

–Differenz zwischen tatsächlicher monatlicher Bruttopension 2023 und gesetzlich vorgesehener Pension, basierend auf der Bruttopension im Jahr 2013 und den darauffolgenden Pensionserhöhungen, in Euro



Quelle: RIS, eigene Berechnungen.

Lesebeispiel: Eine Person ist ab 2013 in Pension und hat damals 1.000 Euro Pension bekommen. Heute bekommt sie 1.274 Euro Pension. Wenn sie nur eine gesetzliche Pensionserhöhung bekommen hätte, würde ihre Pension nur 1.225 Euro betragen. Sie bekommt monatlich also knapp 49 Euro mehr als gesetzlich vorgesehen.

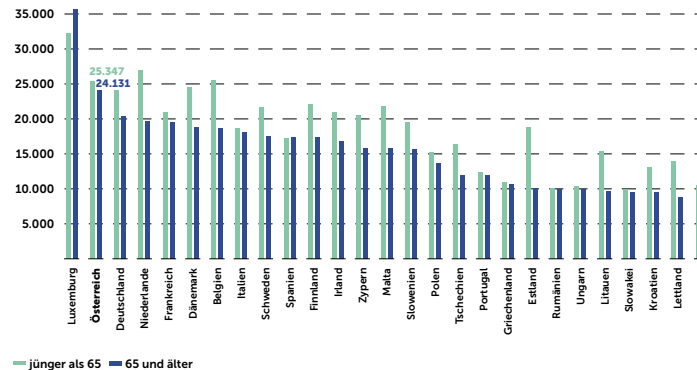
Pensionisten haben zweithöchste Einkommen der EU

Den Pensionisten wurde für 2024 eine Einkommenserhöhung von 9,7 Prozent zugestanden. Das ist nicht zuletzt erfolgreicher Lobbyarbeit geschuldet, werden Österreichs Pensionisten doch gerne als besonders arm dargestellt. Dabei ist ihr Einkommen überdurchschnittlich hoch. Während es einige Länder gibt, in denen die unter 65-Jährigen mehr verdienen, ist das Medianeinkommen Älterer nur noch in Luxemburg höher als in Österreich.

In keinem Land mit vergleichbar hohem Medianeinkommen sind die Unterschiede zwischen der Erwerbsbevölkerung und der älteren Generation so gering. Dabei fällt die Einkommensentwicklung schon lange zugunsten der Pensionisten aus. Im Jahr 2000 betrug das verfügbare Einkommen der Menschen ab 65 Jahre noch 87 Prozent des Durchschnitts, 2022 waren es bereits 95 Prozent.

Einkommen der Pensionisten in Österreich kaum niedriger als jenes der unter 65-Jährigen

– äquivalisiertes Medianeinkommen nach Altersgruppen 2022, in KKS (Kaufkraftstandards)



Quelle: Eurostat.
Anmerkung: Das verfügbare äquivalisierte Medianeinkommen errechnet sich durch das Gesamteinkommen eines Haushalts nach Steuern und anderen Abzügen. Anschließend wird es durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt und in Erwachsenenäquivalente umgerechnet. Ein Kaufkraftstandard misst jeweils die Kaufkraft eines Euros, um Länderunterschiede im Preisniveau auszublenden.

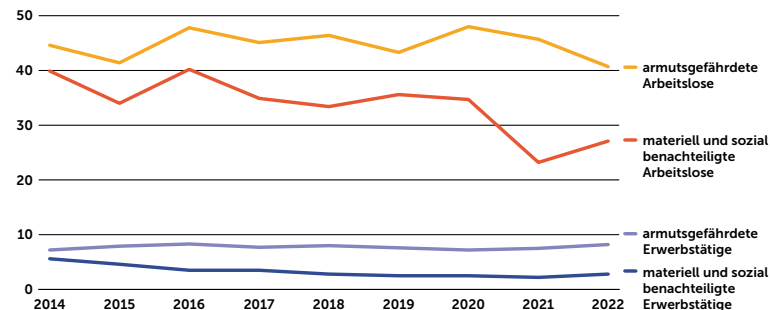
Der erfolgreichste Armutskiller heißt Arbeit

Häufig ist zu hören, in Österreich seien immer mehr Menschen von Armut betroffen. Mit offiziellen Statistiken lässt sich dieser Befund nicht erhärten. Im Gegenteil, die Zahlen weisen in allen Kategorien einen stabilen Verlauf auf – das wiederum ist ein typisches Erkennungszeichen eines stark intervenierenden Sozialstaates.

Auffallend dabei: Die größte Armutsfalle ist die Arbeitslosigkeit. Während im Jahr 2022 fast 41 Prozent der Arbeitslosen als armutsgefährdet galten, fielen nur 8,2 Prozent der Erwerbstätigen in diese Kategorie. Berücksichtigt man verschiedenste Benachteiligungskriterien, schrumpfen die Zahlen. So werden 27,1 Prozent der Arbeitslosen bzw. lediglich 2,8 Prozent der Erwerbstätigen als materiell und sozial benachteiligt eingestuft, also als „manifest arm“.

Arbeit schützt vor Armut

– Erwachsene der jeweiligen Gruppe, in Prozent



Quelle: Eurostat.

In Österreich gilt als armutsgefährdet, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Als materiell und sozial benachteiligt gilt nach EU-Definition, wer sich mindestens fünf von 13 Merkmalen und Aktivitäten des täglichen Lebens nicht leisten kann.

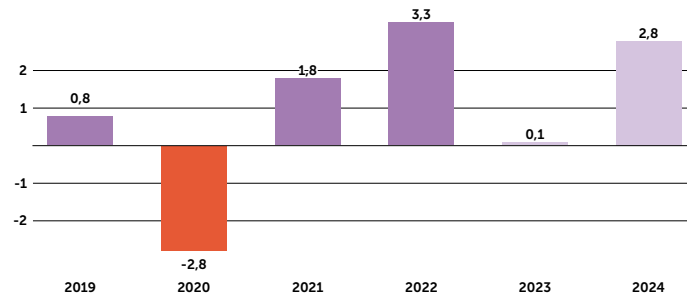
Verarmt das ganze Land?

Die Inflation trifft ärmere Haushalte besonders stark, deshalb wurde auch jahrelang vor den Gefahren des Gelddrucks gewarnt. Als sie schließlich kam, rückte die Regierung mit milliarden schweren staatlichen Transfers aus. Trotz Rekordinflation konnte die Kaufkraft der Bevölkerung aber erhalten werden.

Unter Berücksichtigung der Lohnabschlüsse und der staatlichen Hilfen sind die verfügbaren Haushaltseinkommen preisbereinigt sowohl im Jahr 2022 als auch im Jahr 2023 leicht gestiegen. Die Lohnabschlüsse dieses Jahr werden für 2024 zu einem deutlichen Anwachsen der verfügbaren Einkommen führen. Dass das Land bei weitem nicht so arm ist, wie immer wieder behauptet wird, beweist zudem die Tatsache, dass 2022 auch der private Konsum zugelegt hat.

Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen

– reale Veränderung zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: WIFO.

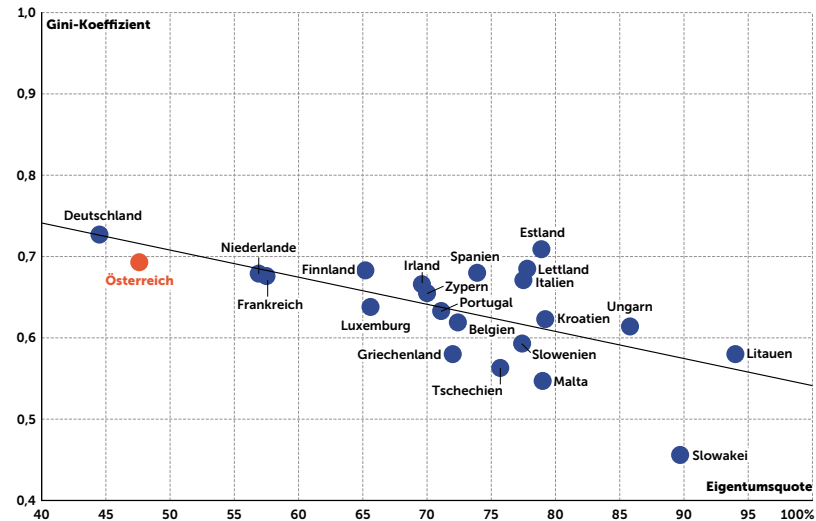
Anmerkung: Prognose vom Oktober 2023 für die Jahre 2023 und 2024.

Österreich, ein Land der Mieter

In der EU hat nur Deutschland eine geringere Eigenheimquote als Österreich. Das ist ein Problem. Denn in Gesellschaften mit einem niedrigen Anteil an Wohnungseigentum ist auch die Vermögensungleichheit höher. In der Slowakei wohnen 90 Prozent der Menschen in ihrer eigenen Wohnung; die Vermögensungleichheit ist dort auch sehr niedrig. In Österreich und Deutschland ist es genau umgekehrt.

Die hohe Mieterquote in Österreich führt dazu, dass es in der Mitte der Gesellschaft zu wenig Vermögen gibt und dass ein stetiger Strom von Mietzahlungen von unten nach oben fließt. Statt Vermögensungleichheit kosmetisch zu bekämpfen, indem man am oberen Ende etwas wegbesteuert, sollte man den Aufbau von Vermögen in der Breite befördern. Selbstgenutztes Wohnungseigentum ist dazu für die Mittelschicht am geeignetsten.

Wohneigentum und Vermögensverteilung



Quelle: HFCS – Household Finance and Consumption Survey (2021).

Anmerkung: Je höher der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher ist das Vermögen verteilt.

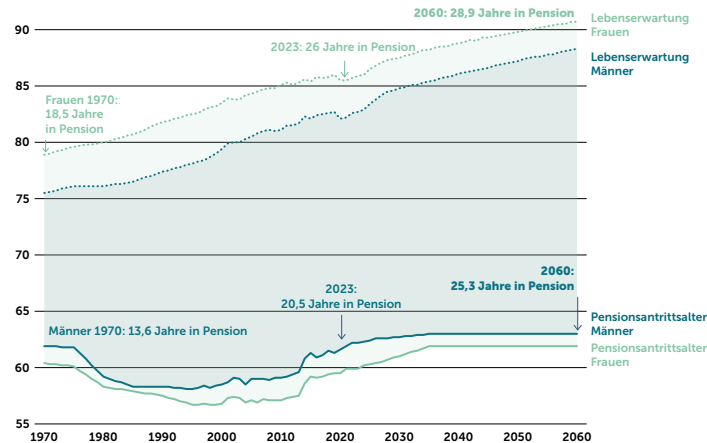
Fast 30 Jahre in Pension

Von konkreten Plänen für eine Pensionsreform fehlt weiterhin jede Spur. Dabei wäre eine Anhebung des Antrittsalters angesichts der immer längeren Ruhestände schon seit geraumer Zeit angebracht. Während Frauen in den 1970ern noch durchschnittlich 18,5 Jahre in Pension waren, sind es heute bereits 26 Jahre. Bis 2060 werden es durchschnittlich fast 30 Jahre sein. Auch bei den Männern steigt die Lebenserwartung rasant an, das Pensionsantrittsalter kommt allerdings nicht vom Fleck.

Neben einem höheren gesetzlichen Antrittsalter sind steuerliche Anreize nötig, um ältere Menschen länger im Arbeitsmarkt zu behalten. Auch die finanziell lukrative Möglichkeit, den Pensionsantritt nach hinten zu schieben, sollte stärker genutzt werden.

Fast dreißig Jahre in Pension

– Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der Lebenserwartung von Männern und Frauen zwischen 1970 und 2060, in Jahren



Quelle: Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Lebenserwartung wurde anhand der geschlechtsspezifischen fernerer Lebenserwartung bei Pensionsantritt berechnet. Datengrundlage hierfür bilden die Sterbetafeln der Statistik Austria.

Sonstiges



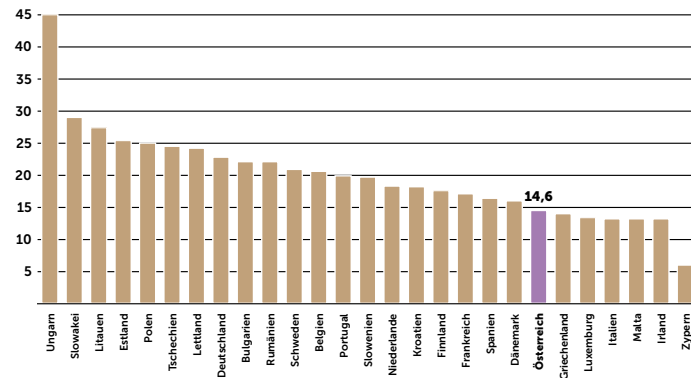
Sind Lebensmittel in Österreich viel zu teuer?

Die Lebensmittelpreise hierzulande waren im März 2023 um fast 15 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Für viele Haushalte ein Problem. Im europäischen Vergleich schneidet Österreich mit diesen Preisanstiegen aber noch gut ab. EU-weit kosteten Lebensmittel fast 20 Prozent mehr. Und nicht überall stützen die Regierungen die Haushaltseinkommen so fleißig wie bei uns.

Wenn die Lebensmittelpreise in Österreich viel stärker wachsen würden als in vergleichbaren Ländern, dann müsste man sich schon fragen, ob da etwas nicht stimmt. Doch der Handel dürfte vor allem gestiegene Weltmarktpreise weitergeben. Sollte dabei gelegentlich ein Körbergeld drin sein, hilft nur eins: mehr Wettbewerb.

So stark haben sich Lebensmittel verteuert

– Entwicklung der Lebensmittelpreise (HVPI), Veränderung zwischen März 2022 und März 2023, in Prozent



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

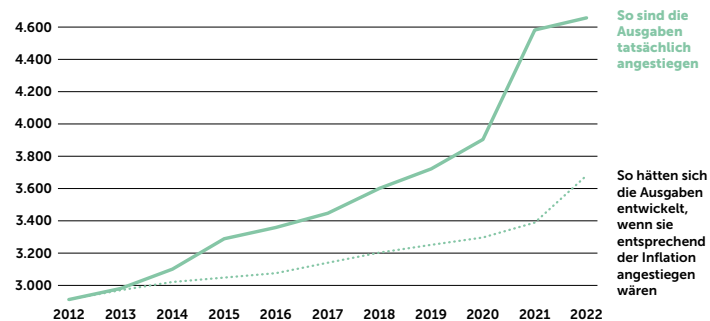
Fehlt es dem Gesundheitssystem an Geld?

Das österreichische Gesundheitssystem kommt nicht aus den Schlagzeilen. Sogar vor einem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung wurde von höchster Stelle gewarnt. Um das zu verhindern, so die Meinung des Gesundheitsministers, werde es mehr Geld brauchen.

Das ist insofern überraschend, als bereits eine enorme Menge Geld in den Gesundheitssektor fließt – die öffentlichen Gesundheitsausgaben sind in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert: Seit 2012 erhöhten sich die Gesundheitsausgaben pro Kopf um fast 60 Prozent, im Vergleich dazu stieg die Inflation im selben Zeitraum mit 26,4 Prozent weniger als halb so stark. Mittlerweile betragen die staatlichen Gesundheitsausgaben 9,3 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Gesundheitsausgaben eilen der Inflation davon

– staatliche Gesundheitsausgaben pro Kopf, in Euro



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

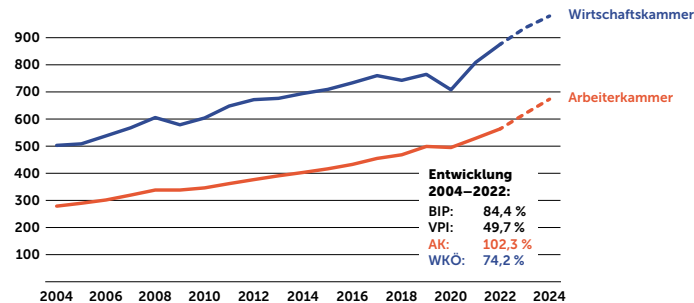
Die Kammern als große Teuerungsgewinner

Durch das System der Pflichtmitgliedschaft werden alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils gebündelt vertreten, ob diese nun wollen oder nicht. Und um nicht dauernd mit qualitativen Leistungen das eigene Klientel überzeugen zu müssen, zahlen die Bürger die Beiträge gleich verpflichtend an Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer ein. Die Einnahmen daraus steigen stetig an. Aktuell explodieren sie aber förmlich, das gilt vor allem für die Arbeiterkammer.

So machten die gesamten Einnahmen aus Pflichtbeiträgen bei der Wirtschaftskammer 2022 rund 876 Millionen Euro aus. Bis 2024 dürften sie um mehr als 100 Millionen auf 980 Millionen Euro steigen. Bei der Arbeiterkammer verhält es sich ähnlich, ihre Einnahmen nähern sich der Marke von 700 Millionen Euro an. Beitragssenkungen? Fehlanzeige.

Entwicklung der Kammerumlagen

– in Millionen Euro



Quelle: Parlamentarische Anfragen, WIFO, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Schätzung für 2022 bis 2024.

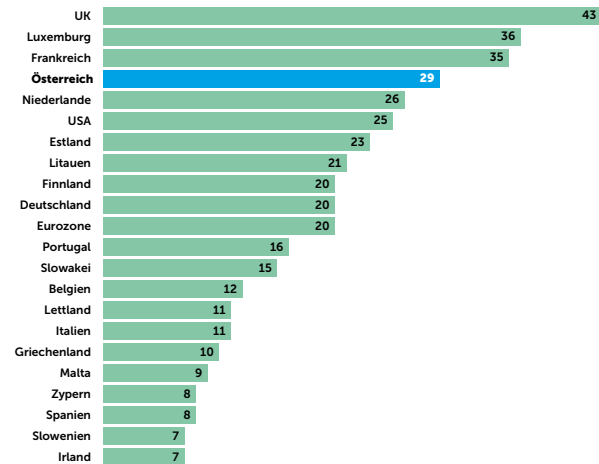
Geben Banken höhere Zinsen an die Sparer weiter?

Die heimische Innenpolitik hat kritisiert, dass Banken die Leitzinserhöhungen vermeintlich nicht an die Sparer weitergeben. So forderten FPÖ und SPÖ nicht nur „Übergewinnsteuern“ für Banken, sondern auch eine Regulierung der verrechneten Zinsen. Dabei waren die in Österreich weitergegebenen Leitzinsen vergleichsweise hoch. Nur im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Luxemburg geschah dies in noch stärkerem Ausmaß.

Ein Dilemma dürfte im Verständnis der Zinspolitik liegen: Die Banken orientieren ihre Sparzinsen sowohl an den eigenen Kosten als auch an Angebot und Nachfrage; so funktioniert Marktwirtschaft. Geld gibt es aufgrund der lang anhaltenden Nullzinsphase sowie der staatlichen Hilfsprogramme der letzten Jahre aber nach wie vor im Überfluss – das hohe Angebot drückt die Zinsen.

Heimische Einlagezinsen steigen stärker

– Anteil der gestiegenen Zinssätze, die 2022 bis 2023 an die Kunden weitergegeben wurden, in Prozent



Quelle: Financial Times.

Anmerkung: Der Beobachtungszeitraum bezieht sich auf die Zeitspanne von der ersten Zinsanpassung bis Mai 2023. Für die Bank of England also ab Dezember 2021, für die US FED ab März 2022 und für die EZB ab Juni 2022.

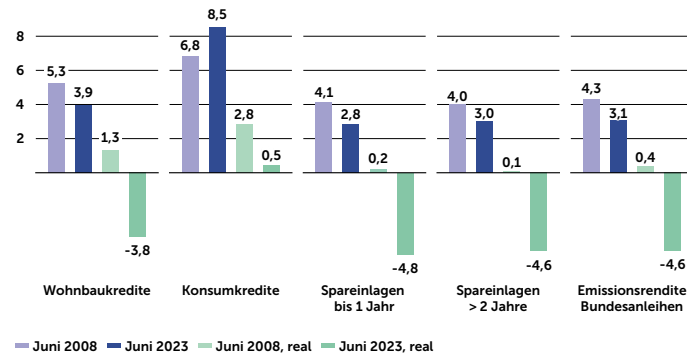
Die Inflation frisst die hohen Zinsen

Die Zinsen sind im Jahr 2023 wieder so hoch wie zuletzt vor 20 Jahren. Allerdings lag die Inflation damals in Österreich bei 1,3 Prozent – und nicht bei 7,6 Prozent wie im August 2023. Die hohe Inflation frisst die steigenden Zinsen also wieder auf. Das hat zur Folge, dass trotz hoher Nominalzinsen die realen Werte negativ bzw. niedrig sind.

Weil Spareinlagen nur geringe Renditen abwerfen, sind auch die Realzinsen stark negativ. Zur Berechnung der Realzinsen wird der nominelle Zins um die Preisentwicklung bereinigt. Daraus ergibt sich für den Herbst 2023 ein Realzins von fast minus fünf Prozent bei den Spareinlagen. Negative Realzinsen sehen wir aber auch bei Wohnbaukrediten. Hier also über einen Zinsdeckel zu sprechen, ist wohl kaum dem dringenden Handlungsbedarf geschuldet.

Zinsen in Österreich auf Allzeithoch?

– nominal und real (inflationsbereinigt), in Prozent



Quelle: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Bei den dargestellten Zinsen handelt es sich um Neugeschäfte.

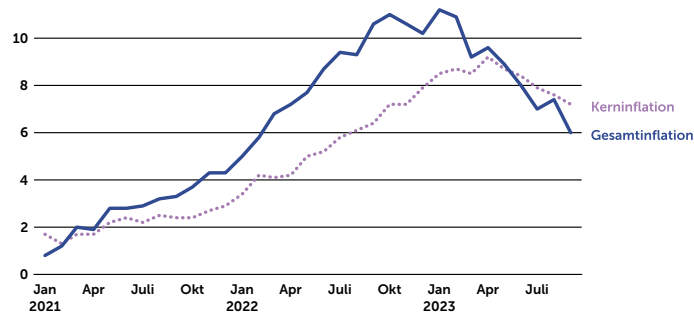
Die Preise werden noch länger steigen

Immer wieder hört man in Österreich von Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, Heizmaterialien oder Treibstoffen. Tatsächlich hat sich die Inflation in Österreich aber längst in der Breite verfestigt. Die Preise steigen abseits von Energie und Lebensmitteln inzwischen sogar stärker. Womit sich das zögerliche Handeln der EZB jetzt rächt. Der Inflation wurde erst der Kampf angesagt, als die Preissteigerungen schon bei sechs Prozent lagen.

Verstärkt wurde die Inflation hierzulande durch die öffentlichen Ausgabenprogramme. Sie haben die Preise immer wieder angekurbelt. Dass die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) bisher kaum rückläufig war, spricht dafür, dass wir es noch länger mit höheren Preisen zu tun haben werden. Der große Preistreiber der nächsten beiden Jahre werden die Löhne sein.

Preisentwicklung

– Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in Prozent



Quelle: Statistik Austria, IHS.

Anmerkung: Kerninflation ist definiert als Preisentwicklung exklusive Nahrungsmittel und Energie.

2017 2018 2019
2020 2021 2022
2023 2024

Impressum

Eine Publikation der Agenda Austria

Redaktion & Koordination

Jean-Pierre Bednar, MSc.
Christoph Beranek, MSc.

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn
Dezember 2023

Design

Rosebud

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Lektorat

MMag.^a Judith Kreiner

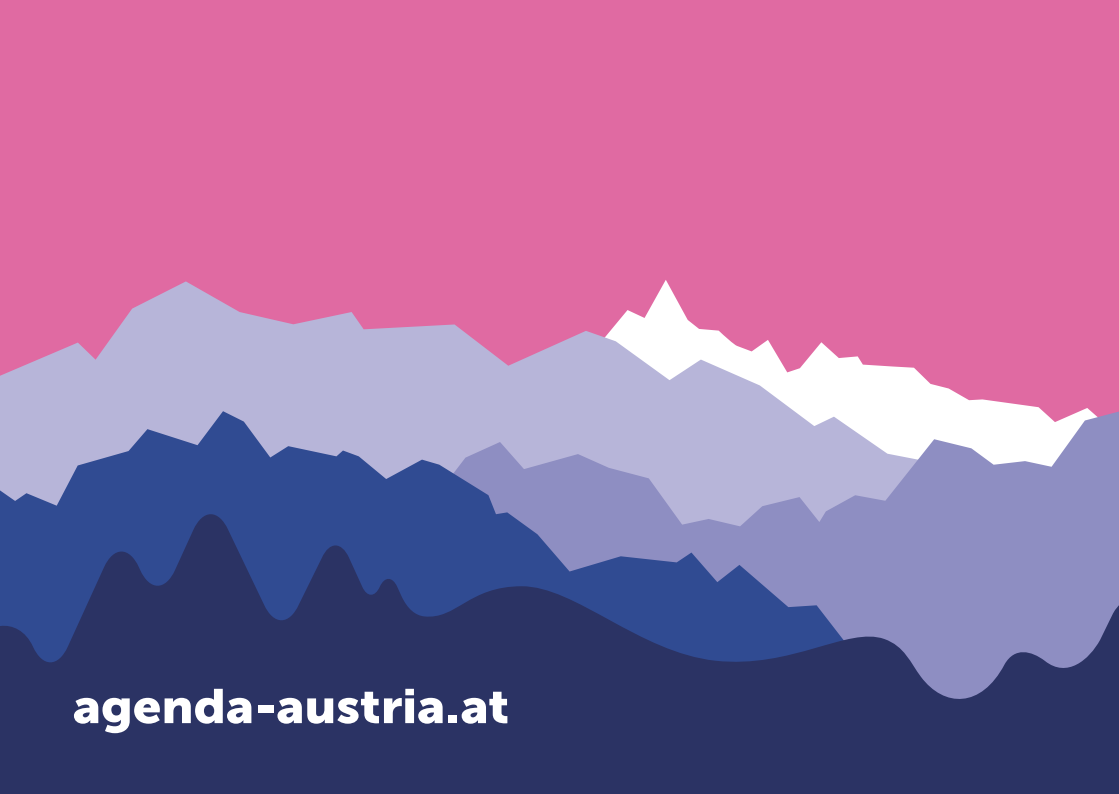
Druck

Print Alliance HAV Produktions GmbH
Druckhausstraße 1
2540 Bad Vöslau

© Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen
Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funk- sendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungs- anlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Die Publikation verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.



agenda-austria.at